



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

11/2021 vom 04.06.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	8
Ausschuss der Regionen.....	8
Wirtschaft.....	9
Verkehr.....	13
Digital.....	14
Forschung.....	17
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	19
Soziales.....	22
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	23
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	26
Justiz.....	29
Inneres.....	29
Bildung und Kultur.....	31
Information, Kommunikation und Medien.....	32
EU-Förderprogramme.....	32
Veranstaltungen.....	33
Vorschau.....	35

### **Europäischer Rat; Ergebnisse des Gipfels am 24./25.05.2021**

Der Europäische Rat (ER) tagte als Präsenzsitzung am 24./25.05.2021 in Brüssel; er verabschiedete Schlussfolgerungen (SF). ER-Präsident Charles Michel hatte die Themen COVID-19, Klima, Russland und die Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens mit GBR auf die Tagesordnung der Sondersitzung gesetzt. Der ER wurde am ersten Tag jedoch dominiert von der erzwungenen Landung eines europäischen Passagierflugzeugs am 23.05.2021 in Minsk und der Verhaftung des belarussischen Oppositionellen Raman Pratasewitsch und seiner Begleiterin nach Landung. Der ER einigte sich auf eine deutliche Reaktion: Er forderte die sofortige Freilassung beider Personen, eine Untersuchung des Vorfalls durch die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) und forderte den Rat auf, entsprechend dem geltenden Sanktionsrahmen weitere Personen und Organisationen auf die Sanktionsliste zu nehmen sowie gezielte Wirtschaftssanktionen zu verabschieden und Maßnahmen zu ergreifen, um belarussischen Fluggesellschaften das Überfliegen des EU-Luftraumes und den Zugang zu EU-Flughäfen zu untersagen. EU-Fluggesellschaften wurden aufgefordert, den Luftraum von Belarus zu meiden. Des Weiteren hat der ER eine Aussprache über die Beziehungen der EU zu Russland geführt. Er hat die Kommission und den Hohen Vertreter mit der Erstellung eines Berichts über die Beziehungen einschließlich politischer Optionen für seine nächste Tagung am 24./25.06. beauftragt, auf der er sich erneut mit Russland beschäftigen will. Mit Blick auf GBR mahnt der ER an, dass sowohl das Handels- und Kooperationsabkommen als auch das Austrittsabkommen und seine Protokolle vollständig und wirksam umgesetzt werden müssen. Zudem müsse laut den SF für die Funktionsfähigkeit ihrer Governance-Strukturen gesorgt werden. Der ER appellierte an GBR, den Grundsatz der Nichtdiskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten zu achten. Die SF gehen außerdem auf die Situation im Nahen Osten und in Mali ein. Am zweiten Gipfeltag befasste sich der ER mit COVID-19 und dem Klimaschutz. In den SF begrüßt der ER die am 20.05.2021 erzielte Einigung der EU-Gesetzgeber auf ein digitales COVID-Zertifikat, das nun schnell umgesetzt werden müsse. Als nächsten Schritt fordert er, die Ratsempfehlung für Reisen innerhalb der EU Mitte Juni zu überarbeiten. Schließlich hat sich der ER mit der internationalen Dimension der Impfkampagne befasst. Der ER erklärte, dass die EU und die Mitgliedstaaten bereit seien, das Teilen von Impfstoffen mit Drittstaaten zu beschleunigen, und kündigte eine Spende von mindestens 100 Mio. Dosen bis Jahresende an. Auch wolle man den Aufbau lokaler Herstellungskapazitäten unterstützen. Der ER bestätigte ferner seine SF vom 11.12.2020 zum Thema Klimaschutz, in denen er sich auf ein ambitioniertes EU-Klimaziel 2030 verpflichtet hatte. Die Kommission wird aufgefordert, ihre Legislativvorschläge zur Umsetzung dieses Ziels zügig vorzulegen zusammen mit einer vertieften Untersuchung der Auswirkungen für die Umwelt, die Wirtschaft und soziale Belange. Die internationalen Partner, insbesondere die G20, werden aufgefordert, ihre Ambitionen zu verstärken. Der ER erklärte, auf das Thema zurückkommen zu wollen, sobald die Kommissionsvorschläge vorliegen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2021/05/24-25/>

### **Rat; Kalender zur Konferenz zur Zukunft Europas steht fest**

Laut einer Pressemitteilung der PRT-Ratspräsidentschaft billigte der Exekutivausschuss (EA) der Konferenz zur Zukunft Europas am 26.05.2021 den Zeitplan für die Plenarversammlungen und die europäischen Bürgerforen der Konferenz. Das Eröffnungsplenum der Konferenz findet am 19.06.2021 als hybride Veranstaltung in Straßburg statt. Dieses wird Präsentationen zu den Europäischen Bürgergremien sowie zur mehrsprachigen digitalen Plattform umfassen. Zuvor findet

am 17.06.2021 in Lissabon eine europäische Bürgerveranstaltung in Lissabon statt. Diese setzt sich aus 27 Vertreterinnen und Vertretern nationaler Bürgergremien (eine Vertreterin bzw. ein Vertreter pro Mitgliedstaat) sowie dem Präsidenten des Europäischen Jugendforums und einer Reihe von ausgewählten Bürgern zusammen. Die ebenfalls in einem hybriden Format organisierte Veranstaltung bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Erwartungen an die Konferenz mit den drei Co-Vorsitzenden zu diskutieren. Diese Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden auch an dem Eröffnungsplenum in Straßburg teilnehmen. Weiterhin sind folgende Themen für die vier geplanten Europäischen Bürgerpanels zur Kenntnis genommen worden: Werte, Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit; Klimawandel, Umwelt/Gesundheit; Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze/Bildung, Jugend, Kultur, Sport/digitale Transformation und EU in der Welt/Migration.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/conference-on-the-future-of-europe-inaugural-plenary-citizens-event-in-june/>

C o r o n a

### **Kommission; Anstieg antisemitischer Inhalte in sozialen Medien während der Pandemie**

Die Kommission hat am 03.06.2021 eine Studie des Instituts für strategischen Dialog (ISD) in London zu antisemitischen Inhalten in deutscher und französischer Sprache auf Twitter, Facebook und Telegram vorgestellt, die während der Corona-Pandemie erfolgten. Danach stieg die Zahl antisemitischer Inhalte in deutscher Sprache während der ersten beiden Monate des Jahres 2021 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um das Dreizehnfache an. Bei Inhalten in französischer Sprache verzeichnet die Studie einen siebenfachen Anstieg auf Twitter, Facebook und Telegram. Die Studie gibt einen Einblick in die Art und den Umfang antisemitischer Inhalte auf ausgewählten Accounts in FRA und DEU und analysiert die Plattformen, auf denen solche Inhalte zu finden sind, sowie die prominentesten antisemitischen Narrative, und vergleicht dabei wichtige Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen diesen verschiedenen Sprachkontexten.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/d73c833f-c34c-11eb-a925-01aa75ed71a1/language-en>

### **Kommission; Berichtspflichten der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19 verlängert**

Die Kommission hat am 03.06.2021 bekannt gegeben, ihr Programm zur Berichterstattung über die Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19 bis Ende 2021 verlängert zu haben. Seit Juni 2020 berichten die unterzeichnenden Unternehmen des EU-Kodex gegen Desinformation von 2018 – u.a. Facebook, Twitter und Microsoft – monatlich über ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19. Diese haben jüngst ihre Berichte über die im April ergriffenen Maßnahmen gegen Desinformationen über Impfungen gegen das Virus vorgelegt. Das Programm wäre im Juli ausgelaufen. Die Kommission hat es nun verlängert. Künftig werden die einschlägigen Berichte alle zwei Monate erstellt und von der Kommission veröffentlicht.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/reports-april-actions-and-continuation-monitoring-programme-fighting-covid-19-disinformation>

### **ECDC; Leitfaden zu Antikörper-Tests für digitales COVID Zertifikat veröffentlicht**

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) bietet mit Veröffentlichung vom 20.05.2021 mit einem neuen Leitfaden Unterstützung, um relevante Informationen bei der Entwicklung des digitalen COVID-Zertifikats bereitzustellen. Ziel ist es, bei der Bereitstellung des digitalen COVID-Zertifikats die Relevanz und Aussagekraft von Antikörpertests zu beurteilen. Dabei ist zu berücksichtigen, welche Aussagen über eine SARS-CoV-2-Infektion auf Grundlage der Antikörpertests getroffen werden können und wie die Resultate der Tests in Hinblick auf eine Diagnose zu interpretieren sind. Zudem ist zu berücksichtigen, zu welchem Maße die Tests verfügbar sind und auch in welchem Kontext diese zu den jeweiligen Maßnahmen des Gesundheitswesens stehen. Derzeit werden die Antikörpertests hauptsächlich in der Forschung angewendet und eher weniger, um individuelle Diagnosen zu stellen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/use-antibody-tests-sars-cov-2-context-digital-green-certificates>

### **Rat; Empfehlung zu Beschränkungen für Reisen aus Drittstaaten aktualisiert**

Der Rat hat am 20.05.2021 die Empfehlung mit geänderten Bestimmungen zur vorübergehenden Beschränkung nicht unbedingt notwendiger Reisen in die EU verabschiedet. Der Rat aktualisiert somit seine am 30.06.2020 gefasste Empfehlung zur schrittweisen Aufhebung vorübergehender Beschränkungen für nicht notwendige Einreisen in die EU aus Drittstaaten. Eine erste Neufassung wurde bereits am 02.02.2021 angenommen. Die Kommission hatte am 03.05.2021 eine weitere Anpassung an die aktuelle Entwicklung vorgeschlagen. Vor dem Hintergrund der Befreiungen für Geimpfte und der Lockerung der Kriterien für die Aufhebung der Beschränkungen für Drittstaaten während der laufenden Impfkampagne wurde die jüngste Empfehlung durch den Rat verabschiedet. Gleichzeitig werden auch mögliche neue Risiken bedacht, die von neuen Virusmutanten ausgehen und bezüglich derer eine „Notfallbremse“ eingerichtet wurde. Mit der Notfallbremse soll auf das Auftreten sogenannter neuer „Varianten unter Beobachtung“ oder einer „besorgniserregenden Variante“ in einem Drittstaat reagiert werden können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/20/covid-19-council-updates-recommendation-on-restrictions-to-travel-from-third-countries/>

### **Kommission; Anpassung der Reiseregulungen vorgeschlagen**

Die Kommission hat am 31.05.2021 eine Aktualisierung der koordinierten Reiseregulungen für diesen Sommer vorgeschlagen. Damit folgt sie dem Aufruf des Europäischen Rates für eine entsprechende Neuregelung der hierzu am 13.10.2020 verabschiedeten Ratschlussfolgerungen. Ziel ist es, unter Rücksichtnahme auf die epidemiologische Entwicklung die Freizügigkeit in der EU möglichst vollständig wiederherzustellen. Ein wesentlicher Baustein hierbei ist das digitale COVID-Zertifikat der EU. Die vorgeschlagenen Maßnahmen basieren dabei auf den farbcodierten Risikoeinschätzungen des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC).

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2782](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2782)

### **Kommission; Start des technischen Gateways für Digitales COVID Zertifikat**

Am 01.06.2021 ist das Gateway für das digitale COVID-Zertifikat unter Beteiligung von sieben Mitgliedstaaten (MS) an den Start gegangen. Das Gateway ist zentraler Bestandteil des digitalen COVID-Zertifikats zur Wiederherstellung der EU-Freizügigkeit, für das am 20.05.2021 die Verhandlungen zwischen den Institutionen Rat, EP und Kommission abgeschlossen wurden. Somit sind die technischen Voraussetzungen für die EU-weite Nutzung und Verifizierung der in den MS

ausgestellten Zertifikate zwecks gegenseitiger Anerkennung geschaffen worden. Dadurch können die MS die technische EU-Infrastruktur bereits einen Monat vor Inkrafttreten der entsprechenden EU-Verordnung auf freiwilliger Basis nutzen. Zu Beginn nehmen mit Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Kroatien, Polen und Tschechien bereits sieben MS ab 01.06.2021 diese Möglichkeit wahr.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_2721](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_2721)

### **Kommission; Genehmigung deutsche Beihilferegulung zu Einbußen von Unternehmen**

Die Kommission genehmigte am 28.05.2021 eine mit 10 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegulung zur Entschädigung der Einbußen von Unternehmen durch die COVID-19-Pandemie. Die Beihilfe richtet sich an alle Wirtschaftszweige, die zwischen dem 16.03.2020 und 31.12.2021 Einbußen aufgrund der Pandemie verzeichneten. Die Entschädigung für den Empfänger kann bis zu 100% der Einbußen in Form eines direkten Zuschusses, nachdem der Schaden entstanden ist, betragen. Die Kommission bekräftigt in ihrer Entscheidung, dass die COVID-19-Pandemie ein außergewöhnliches Ereignis darstelle, welches sich erheblich auf die Wirtschaft auswirke. Daher stuft die Kommission die geplante Entschädigung durch die deutschen Beihilfen als angemessen ein.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm?fuseaction=dsp\\_result&policy\\_area\\_id=3](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm?fuseaction=dsp_result&policy_area_id=3)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Rahmenvertrag mit der Schweiz wird nicht geschlossen**

Am 26.05.2021 hat die Schweizer Regierung (Bundesrat) nach ihrer Sitzung bekannt gegeben, dass der zwischen der Schweiz und der EU geplante institutionelle Rahmenvertrag nicht abgeschlossen werde. Dies führte die Schweizer Regierung auf bestehende substanzielle Differenzen in zentralen Bereichen, die auch in sieben Verhandlungsjahren nicht beseitigt hätten werden können, zurück. Die Schweizer Regierung sehe es aber im gemeinsamen Interesse der Schweiz und der EU, die bewährte Zusammenarbeit zu sichern und bestehende Abkommen konsequent weiterzuführen. Um weitere schwerwiegende Reaktionen der Kommission zu vermeiden, hatte die Schweiz bereits vorsorglich eine Reihe von Abfederungsmaßnahmen angekündigt, die z.B. die Zahlung der sogenannten „Kohäsionsmilliarde“ (Unterstützung der EU-Kohäsionspolitik) oder die Angleichung des schweizerischen Rechts an EU-Recht, dort wo es sich anbiete, beinhalten. Die Kommission hatte indirekt bereits angekündigt, dass im Falle eines Scheiterns in vielen Bereichen keine neuen Vereinbarungen mit der Schweiz getroffen würden. Die gegenseitige Anerkennung für Medizinprodukte lief bereits zum 26.05.2021 aus. Die Kommission bedauert die Entscheidungen der Schweiz, ob der weit fortgeschrittenen Verhandlungen und betonte erneut, dass die bestehenden Abkommen veraltet seien und bereits jetzt nicht mehr mit dem notwendigen Tempo mithalten könnten. Ein privilegierter Zugang zum Binnenmarkt setze voraus, dass alle die gleichen Regeln und Pflichten respektierten.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_21\\_2683](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_2683)

<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-83705.html>

### **EU; britisches Handelsniveau zur EU erstmals niedriger als zum Rest der Welt**

Am 25.05.2021 hat das britische Amt für Nationale Statistik einen Artikel zum Handelsniveau mit EU-Staaten und Nicht-EU-Staaten veröffentlicht, um die

Auswirkungen des Brexit und der Pandemie auf den Außenhandel zu analysieren. Die Ergebnisse zeigen, dass demnach das Handelsniveau aus britischer Sicht zu EU-Partnern im ersten Quartal 2021 erstmals wieder unter dem Niveau mit Drittstaaten liegt. Dies ist auf einen Einbruch des Außenhandels mit EU-Staaten um 23,1% zurückzuführen, der wiederum hauptsächlich auf die Folgen des Brexit bzw. die Anwendung des Handels- und Kooperationsabkommens seit dem 01.01.2021 zurückgeht. Das britische Handelsvolumen mit nicht-EU-Staaten sei demnach nur um 0,8% zurückgegangen, was vor allem an den zahlreichen nationalen Lockdowns während der Corona-Pandemie liege. Die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2021 gingen jeweils auf die Wirtschaftslage im ersten Quartal 2018 zurück.

<https://www.ons.gov.uk/businessindustryandtrade/internationaltrade/articles/theimpactsofeuexitandthecoronavirusonuktradeingoods/2021-05-25/pdf>

### **Kommission; Plan für Maßnahmenpaket zu demokratischem Belarus vorgelegt**

Am 28.05.2021 hat die Kommission dem Rat ihren Entwurf für einen umfassenden Plan zur wirtschaftlichen Unterstützung eines künftig angestrebten demokratischen Belarus vorgelegt. Der Plan kann demnach eine Fördersumme von bis zu 3 Mrd. EUR umfassen und untermauert das Engagement der EU für den Wunsch der belarussischen Zivilbevölkerung nach einem friedlichen demokratischen Übergang in ihrem Land. Das Investitionspaket ist jedoch fest daran geknüpft, dass die belarussische Regierung einen langfristigen demokratischen Übergang einleitet und die Fördergelder können auch erst unter der Bedingung freigegeben werden. Das Paket baut auf drei grundlegenden Maßnahmen auf. Erstens soll durch direkte finanzielle Unterstützung die wirtschaftliche Erholung des Landes vorangebracht werden. Zweitens soll ein Übergangspaket in Höhe von bis zu 400 Mio. EUR an Finanzhilfen mobilisiert werden, um den demokratischen Übergang einzuleiten bzw. diesen zu fördern. Drittens sollen die Investitionen vor allem auf nachhaltige Infrastrukturreformen und den ökologischen und digitalen Wandel abzielen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2685](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2685)

### **Kommission / Rat; EU-Japan-Gipfel**

Am 27.05.2021 kamen der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, und der japanische Premierminister, Yoshihide Suga, bei einem Treffen zusammen, um eine Reihe globaler Themen aber auch die bilaterale Partnerschaft zu besprechen. Neben einer weiterhin engen Kooperation bei digitalen Themen, die bei der Ausgestaltung der digitalen Dekade der EU helfen soll, betonten die Teilnehmer die besondere Rolle, die COVAX zugunsten von Japan bedeutet. . Covax ist eine Initiative, die weltweit die Entwicklung und Produktion von Impfstoffen zugunsten aller Staaten beschleunigt. Zukünftig wollen beide Partner laut einer Erklärung besser auf Pandemien vorbereitet sein und ihre Partnerschaft verfestigen, indem das gemeinsame Abkommen zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zügig umgesetzt wird. Ebenfalls eng zusammenarbeiten wolle man zudem vor allem beim Klimawandel. Das Engagement Japans sei hier besonders hervorzuheben, da es eines der ersten Länder gewesen sei, das sich zur Klimaneutralität bis 2050 verpflichtet habe. Man habe auch deshalb entschieden, eine „Evergreen Alliance“ zu gründen, in der die Partner eine gemeinsame Klimaagenda verfolgen und u.a. auch weitere Industrienationen überzeugen, sich den beiderseitigen Plänen zur Klimaneutralität anzuschließen. Aus der Allianz soll auch ein Memorandum of Understanding im Bereich Wasserstoff hervorgehen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_21\\_2713](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_2713)

## Europäisches Parlament

### **EuGH: Urteil in der Rechtssache C-650/18 Ungarn / Parlament**

Der EuGH urteilte am 03.06.2021 in der Rechtssache C-650/18 Ungarn / Parlament, dass die zu dem Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn führende Entscheidung des EP aus dem Jahr 2018 rechtmäßig getroffen wurde. Strittig vor dem EuGH war somit die Anbahnung des Verfahrens nach Artikel 7 des EU-Vertrags. Die ungarische Regierung hatte dies angezweifelt und deswegen Klage beim EuGH eingereicht. Konkret stellte sich die ungarische Regierung auf den Standpunkt, dass bei der Berechnung des Abstimmungsergebnisses zu der Entscheidung auch die Enthaltungen hätten berücksichtigt werden müssen. Dann wäre der Beschluss des EP nicht zustande gekommen. Die Richter des EuGH wiesen die Sichtweise der ungarischen Regierung zurück. Demnach ist der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union so auszulegen, dass die Enthaltungen von Abgeordneten nicht für die Feststellung zählen, ob die in Artikel 354 AEUV genannte Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erreicht ist. Die fragliche EntschlieÙung war mit 448 Ja- und 197 Nein-Stimmen bei 48 Enthaltungen angenommen worden.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=242030&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=9639078>

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; Konferenz zur beruflichen Bildung “The role of Regions and Cities in delivering high quality apprenticeships for all”**

Am 03.06.2021 fand eine Konferenz zur beruflichen Bildung mit dem Titel “The role of Regions and Cities in delivering high quality apprenticeships for all” statt, die in Zusammenarbeit mit dem AdR, der Kommission und der deutschen Ratspräsidentschaft durchgeführt wurde. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die Konferenz terminlich erst zum jetzigen Zeitpunkt durchgeführt werden. Zum Zeitpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft war ursprünglich geplant, die „Osnabrücker Erklärung“ zur beruflichen Bildung vorzustellen. Diese Erklärung ist pandemiebedingt allerdings schon seit geraumer Zeit verabschiedet worden. Daher war das zentrale Thema der aktuellen Konferenz die Perspektive der Regionen in der beruflichen Bildung und hier insbesondere bezüglich eines inklusiven Ausbildungsangebots. Der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister hatte dabei die Gelegenheit, die hessischen Programme zur dualen Berufsausbildung vorzustellen, so z.B. “Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen“ (QuB), die regionalen OloV-Steuerungsgruppen zum regionalen Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen für ausbildungswillige junge Menschen. Darüber hinaus informierte er auch über die internationalen Ausbildungsangebote wie der FEDA, einer deutschen Berufsschule in Madrid sowie zum Aufbau von Studienseminaren zwischen hessischen Ausbildungsstellen und ihren Pendanten in den hessischen Partnerregionen.

<https://ecorys-events.events.idloom.com/the-role-of-regions-and-cities-in-delivering-high-quality-apprenticeships/pages/programme>

### **Kommission; Genehmigung der Änderung einer deutschen Beihilferegelung zur Unterstützung von Schienengüterverkehrsunternehmen**

Die Kommission genehmigte am 21.05.2021 die Änderung einer bestehenden deutschen Beihilferegelung zur Unterstützung von Schienengüterverkehrsunternehmen und zur Abfederung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Branche. Die geänderte Regelung beinhaltet eine Aufstockung der Haushaltsmittel für 2021 von 350 Mio. EUR auf 567 Mio. EUR und eine höhere Obergrenze der Erstattung, die je nach Strecke bis zu 98% der Trassenentgelte betragen kann. Dies soll zu weniger Staus auf den Straßen und einer Reduktion der CO2 Emissionen beitragen sowie die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die deutschen Schienengüterverkehrsunternehmen abfedern. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die geänderte Regelung eine Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene fördert und somit im Einklang mit dem Grünen Deal steht, ohne jedoch den Wettbewerb im Binnenmarkt zu gefährden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2610](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2610)

### **Kommission; Genehmigung des Erwerbs der gemeinsamen Kontrolle über Roast Market durch Melitta und Burda**

Die Kommission genehmigte gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung am 21.05.2021 den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die Roast Market GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main, durch die Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG (Melitta) und die Burda GmbH, die über Standorte in Hessen verfügt und zur Hubert Burda Media Holding KG (Hubert Burda Media) gehört. Roast Market und Melitta sind im Vertrieb von Kaffee tätig. Hubert Burda Media ist auf die Bereiche Medien, E-Commerce, Druck, Marketing, Einzelhandel, Beteiligungen und Dienstleistungen spezialisiert. Die geplante Übernahme werfe, laut Kommission, keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken auf.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_10242](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10242)

### **Kommission; Genehmigung der Übernahme von Rodenstock durch Apax Partners**

Die Kommission hat am 21.05.2021 die Übernahme der Rodenstock-Gruppe (Rodenstock) mit einem Service-Zentrum in Frankfurt am Main durch die britische Apax Partners LLP gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung genehmigt. Rodenstock ist in der Fertigung und dem Vertrieb von Brillengläsern sowie von optischen Fassungen, Sonnenbrillen, augenmedizinischen Trägermaterialien und augenmedizinischen Geräten, tätig. Apax Partners erbringt Investitionsberatungsdienste für Private-Equity-Fonds, die ein breites Spektrum von Industriezweigen abdecken. Die Kommission kam nach ihrer Prüfung zu dem Schluss, dass die Übernahme keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft, da sich die Tätigkeiten der Unternehmen nur gering überschneiden.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=2\\_M\\_10254](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10254)

### **Kommission; Konsultation zum Entwurf von Leitlinien für Beihilfen für Risikofinanzierungen**

Die Kommission hat am 21.05.2021 eine gezielte öffentliche Konsultation gestartet, um Stellungnahmen von Interessenträgern zur geplanten Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen (Risikofinanzierungsleitlinien) einzuholen. Mit diesen Leitlinien soll kleinen und

mittleren Unternehmen sowie Unternehmen mittlerer Kapitalisierung („Midcap“-Unternehmen) weiterhin der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert werden. Die Eignungsprüfung der Kommission hat ergeben, dass die Risikofinanzierungsleitlinien ihren Zweck grundsätzlich erfüllen, jedoch gezielte Anpassungen erforderlich seien, um die Anwendung der Vorschriften zu vereinfachen. Die Kommission schlägt daher einige gezielte Änderungen vor, wie beispielsweise weitere Präzisierungen, eine Fokussierung des Leitlinienentwurfs auf die Vereinbarkeit von Risikofinanzierungsbeihilfen mit dem Binnenmarkt, eine Straffung der bestehenden Vorschriften und Anpassung bestimmter Begriffsbestimmungen und eine Kürzung der Struktur der Leitlinien. Eine Rückmeldung ist bis zum 16.07.2021 möglich.

[https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-risk-finance\\_en](https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-risk-finance_en)

### **Kommission; Konsultation zum Fahrplan zur Überarbeitung der Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen**

Die Kommission hat am 26.05.2021 eine bis zum 23.06.2021 laufende Konsultation zum Fahrplan für die geplante Überarbeitung der Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen lanciert. Durch Exportkredite werden ausländischen Käufern von Waren und Dienstleistungen ein Zahlungsaufschub ermöglicht und die Verkäufer können sich durch Exportkreditversicherungen gegen das Kreditrisiko versichern. Die geltende Mitteilung über kurzfristige Exportkreditversicherungen läuft am 31.12.2021 aus. Die Ergebnisse der Bewertung dieser Mitteilung im Rahmen des jüngsten Eignungschecks für staatliche Beihilfen zeige, dass die aktuellen Bestimmungen zwar gut funktionieren, aber einige gezielte Aktualisierungen erforderlich seien, wie beispielsweise die Anpassung an andere Leitlinien zur Modernisierung staatlicher Beihilfen und die Umsetzung technischer Aktualisierungen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13041-Revision-of-the-Short-term-export-credit-insurance-Communication\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13041-Revision-of-the-Short-term-export-credit-insurance-Communication_de)

### **EuG; Zurückweisung des Antrags auf vorläufige Aussetzung des Satelliten-Auftrags**

Der Präsident des Gerichts der EU (EuG) hat mit Beschluss vom 26.05.2021 den Antrag von OHB System AG (OHB), eine Gesellschaft für Raumfahrtsysteme mit Sitz in Bremen auf vorläufige Aussetzung des Vollzugs der Entscheidungen der Europäischen Weltraumorganisation (ESA), die im Namen und im Auftrag der Kommission handelte, zurückgewiesen. Am 29.01.2021 hat die OHB System AG, beim EuG eine Klage auf Nichtigerklärung von zwei Entscheidungen der ESA bei der Vergabe des öffentlichen Auftrags für die „Beschaffung von Galileo-Übergangssatelliten“ erhoben. Neben der Klage hat OHB beim EuG auch einen Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz gestellt. Der Präsident des EuG kommt weist, nach Anhörung der Kommission, den Antrag von OHG auf vorläufigen Rechtsschutz ab. Die Abwägung der bestehenden Interessen spreche gegen den Erlass der beantragten einstweiligen Anordnung.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=241642&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=8044737>

### **Rat; Schlussfolgerungen zum nachhaltigen, widerstandsfähigen, digitalen, globalen und sozialen Tourismus in der EU**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) nahm am 27.05.2021 Ratsschlussfolgerungen zur Zukunft des europäischen Tourismus an. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten in seinen Schlussfolgerungen dazu auf, die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens der EU und des Aufbauinstruments NextGenerationEU effizient einzusetzen, um den Tourismus wiederzubeleben und dieses durch die COVID-19-Pandemie angeschlagene

Ökosystem widerstandsfähiger zu machen. Außerdem werden die Mitgliedstaaten und die Kommission aufgefordert, bis Ende 2021 eine europäische Tourismusagenda 2030/2050 vorzulegen, um den grünen und digitalen Wandel im Tourismus zu unterstützen sowie seine Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8881-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Schlussfolgerungen zu Datentechnologien zur Verbesserung der „besseren“ Rechtsetzung**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) hat am 27.05.2021 Ratsschlussfolgerungen zu Datentechnologien zur Unterstützung datengesteuerter, digitaler und qualitativ hochwertiger Rechtsvorschriften zur Verbesserung der „besseren Rechtsetzung“ verabschiedet. Der Rat erkennt an, dass eine bessere Rechtsetzung obere Priorität haben soll und einen globalen und übergreifenden Ansatz verfolgen muss, um zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, sozialem Wohlergehen und zum umweltfreundlichen und digitalen Wandel sowie zum reibungslosen Funktionieren des Binnenmarkts beizutragen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden ersucht, auf EU-Ebene gemeinsam zu prüfen, wie der Einsatz von Datentechnologien gefördert werden kann.

<https://www.consilium.europa.eu/media/49971/st09215-en21.pdf>

### **Rat; Orientierungsaussprache zur Bedeutung der Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen**

Auf der Sitzung des Rats für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie) am 27.05.2021 führten die Ministerinnen und Minister eine Orientierungsaussprache über die aktualisierte neue europäische Industriestrategie, wobei sie sich auf das Thema der Bedeutung der Sicherung des Zugangs zu kritischen Rohstoffen konzentrierten. Die Ratsdelegationen befürworteten grundsätzlich die Mitteilung der Kommission über die aktualisierte Industriestrategie. Sie betonten, dass sie die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Vertiefung der Integration und der Widerstandsfähigkeit des Binnenmarktes zum Nutzen aller Akteure, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, begrüßen. Des Weiteren sahen sie ebenfalls die Notwendigkeit eines umfassenderen und diversifizierten Netzes von Lieferketten für kritische Rohstoffe, sodass sichergestellt werden könne, dass in Krisenzeiten die Industrie der EU widerstandsfähig bleibt, insbesondere in Sektoren von strategischer Bedeutung, wie beispielsweise Pharmazeutika und Halbleiter.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8618-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Schlussfolgerungen „Neuer Weltraum für Menschen“**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Weltraum) nahm am 28.05.2021 Ratsschlussfolgerungen mit dem Titel „Neuer Weltraum für Menschen“ an. Im Mittelpunkt der Ratsschlussfolgerungen stehen die Entwicklung und der Wandel des Raumfahrtsektors. Generell äußert der Rat seine Auffassung, dass die Raumfahrt sich zu einem rentablen Sektor entwickeln werde, da er neue Nutzerinnen und Nutzer anziehe und neue Märkte schaffe. In den Ratsschlussfolgerungen werden zwei prioritäre Maßnahmen aufgeführt. Erstens wird die Kommission ersucht, in Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten (MS) eine Innovationsstrategie für „New Space“ vorzuschlagen, die die gesamte Wertschöpfungskette und den Zugang zu Finanzmitteln für einen innovativen und wettbewerbsfähigen Raumfahrtsektor umfasst. Zweitens werden die Kommission und die Agentur der EU für das Weltraumprogramm (EUSPA) aufgefordert, durch einen Aktionsplan die Einführung von Weltraumdiensten zu fördern, indem sie die Aufnahme von Weltraumaspekten in einem breiten Spektrum von Politikbereichen anstoßen und die Wettbewerbsfähigkeit der nachgelagerten Weltraumindustrie der EU erhöhen. Dabei soll mit einem

besonderen Schwerpunkt auf den Aufbau von Kapazitäten in den MS, deren Raumfahrttätigkeiten im Entstehen begriffen sind, die Bündelung der nachgelagerten Weltraumanwendungen und Nutzer in der gesamten Union erleichtert und gegebenenfalls die Entwicklung von Normen und Standards geprüft werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9163-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Schlussfolgerungen zum Thema "Raum für Menschen in EU-Küstengebieten"**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Weltraum) nahm am 28.05.2021 Ratsschlussfolgerungen zum Thema "Raum für Menschen in europäischen Küstengebieten" an. Die Schlussfolgerungen fordern dazu auf, das Potenzial der Erdbeobachtungs- und Navigationsprogramme Copernicus, Galileo und EGNOS voll auszuschöpfen, um die Eindämmung des Klimawandels und die Lebensqualität der Menschen in den europäischen Küstengebieten zu verbessern. Konkret sollen Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wissenstransfer sowie der Aufbau von Kapazitäten und die Entwicklung von Kompetenzen gefördert werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9164-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Orientierungsaussprache über bessere Positionierung der EU beim Thema Weltraumverkehrsmanagement**

Auf der Sitzung des Rats für Wettbewerbsfähigkeit (Weltraum) am 28.05.2021 erörterten die Ministerinnen und Minister die wichtigsten Bausteine eines Prozesses, der zu einer künftigen Position der EU zum Weltraumverkehrsmanagement führen soll. Es herrschte weitgehende Einigkeit darüber, dass ein europäischer Ansatz für das Weltraumverkehrsmanagement entwickelt werden müsse, um die europäische Weltrauminfrastruktur und strategische Autonomie zu erhalten, neue unternehmerische Interessen zu fördern und Europa in die Lage zu versetzen, in internationalen weltraumpolitischen Foren die Führung zu übernehmen. Einige Delegationen äußerten die Ansicht, dass ein „Multi-Stakeholder“-Ansatz, der die derzeitige Aufteilung der Kompetenzen in Europa respektiert, der beste Weg nach vorne wäre. Eine Reihe von Ratsdelegationen forderte ein schrittweises Vorgehen zum Aufbau technischer Kapazitäten und eines angemessenen europäischen Rechtsrahmens.

<https://www.consilium.europa.eu/media/50015/st09197-en21-edited.pdf>

### **Kommission; Veröffentlichung der Ergebnisse der Evaluierung der Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung**

Die Kommission veröffentlichte am 28.05.2021 in Form eines Arbeitspapiers der Kommissionsdienststellen die Ergebnisse ihrer Bewertung zur Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung. Die geltende Kfz-Gruppenfreistellungsverordnung läuft am 31.05.2023 aus. Die Kommission prüft daher, ob die aktuelle Gruppenfreistellungsverordnung aus dem Jahr 2010 ihren Zweck noch erfüllt und ob diese mit dem EU-Kartellrecht noch vereinbar ist. Die Gruppenfreistellung nimmt den Kfz-Sektor in einigen Bereichen bislang vom Kartellverbot aus. Dementsprechend hatte die Evaluierung das Ziel, die Funktionsweise der für vertikale Vereinbarungen im Automobilsektor geltenden Regeln auszuwerten, um über eine Verlängerung oder Überarbeitung der Verordnung zu entscheiden. Es wurde die Wettbewerbslandschaft der drei Märkte Fahrzeugvertrieb, Fahrzeugreparatur und -wartung sowie der Verkauf von Ersatzteilen analysiert. Die Bewertung habe gezeigt, dass der Kfz-Sektor unter Anpassungsdruck des grünen und digitalen Wandels steht. Zudem müsse eine Überarbeitung den neuen Technologien und der zunehmenden Datenmenge Rechnung tragen. Vor allem in den Märkten für Ersatzteile sieht die Kommission Handlungsbedarf.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2021\)264&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2021)264&lang=en)

### **Rat; Annahme des Kohäsionspakets in Höhe von 330 Mrd. EUR für 2021 bis 2027**

Der Rat hat am 28.05.2021 das legislative Kohäsionspaket für 2021 bis 2027 verabschiedet (vgl. BaB 10/2021). Das Paket zu den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in Höhe von 330 Mrd. EUR macht ca. 30% des EU-Haushalts aus. Diese Fonds sollen in regionale und lokale Projekte fließen, um die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zwischen Mitgliedsstaaten und Regionen zu reduzieren und gleichzeitig den grünen und digitalen Wandel zu fördern. Die verabschiedeten Standpunkte des Rates zu den Verordnungen sollen noch vor der Sommerpause vom EP förmlich angenommen werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6168-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Einigung auf das Verhandlungsmandat für das Internationale Beschaffungsinstrument**

Die EU-Botschafterinnen und -Botschafter der Mitgliedsstaaten einigten sich am 02.06.2021 auf ein Mandat für Verhandlungen mit dem EP über eine Verordnung zur Schaffung eines internationalen Beschaffungsinstruments (IPI) (vgl. BaB 20/2020). Dieses handelsoffene Instrument soll dazu beitragen, dass die Wettbewerbsbedingungen auf den weltweiten Beschaffungsmärkten fairer werden, indem es der EU die notwendige Verhandlungsmacht verschaffen soll, die Beschaffungsmärkte von Drittländern zu öffnen und den Zugang und gleiche Wettbewerbsbedingungen für EU-Unternehmen auf diesen Märkten zu gewährleisten. Wirtschaftsakteure aus Ländern, die EU-Unternehmen restriktive oder diskriminierende Maßnahmen auferlegen, könnten dann mit Hilfe des angestrebten IPI aus den europäischen öffentlichen Beschaffungsmärkten ausgeschlossen oder der Zugang zu diesen beschränkt werden. Zeitgleich ändert das IPI nicht die bestehenden Verpflichtungen der EU gegenüber Drittländern. Das WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (GPA) und das bilaterale Handelsabkommen bleiben somit unberührt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9175-2021-INIT/en/pdf>

## **V e r k e h r**

### **Rat; Festlegung des Standpunkts zur Reform des einheitlichen europäischen Luftraums**

Der Rat für Verkehr hat am 03.06.2021 seinen Standpunkt zur allgemeinen Ausrichtung der Reform des einheitlichen europäischen Luftraums (Single European Sky, SES) festgelegt. Hierbei geht es um einen geänderten Vorschlag für die Neufassung der Verordnung zum einheitlichen europäischen Luftraum (SES 2+) und einen Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Grundverordnung für die Agentur der Europäischen Union für Flugsicherheit (EASA). Diese Reform hat das Ziel, das europäische Luftraummanagement und das System der Flugsicherungsdienste effizienter zu gestalten, um Kapazitäten zu erhöhen, die Kosteneffizienz zu verbessern und das System anpassungsfähiger an zukünftige Veränderungen im Verkehr zu machen. Gleichzeitig wird beabsichtigt, im Sinne des Green Deal den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Luftverkehrs zu reduzieren. Ein weiteres wichtiges Ziel, auf das sich der Rat einigte, betrifft die Einbeziehung von Drohnen in den Luftraum in die Reform.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9162-2021-ADD-1/en/pdf>

### **Rat; Festlegung des Standpunkts zu Vorschriften für die Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr**

Der Rat für Verkehr legte am 03.06.2021 seinen Standpunkt zur allgemeinen Ausrichtung der zu überarbeiteten Vorschriften für die Verwendung gemieteter Fahrzeuge im Güterverkehr fest. Die Überarbeitung der geltenden Vorschriften soll einer Präzisierung dienen, einen einheitlichen Rechtsrahmen gewährleisten und die Beschränkungen für die Verwendung gemieteter Fahrzeuge lockern. Durch mehr Flexibilität bei der Anmietung von Fahrzeugen, die neuerer, sicherer und umweltfreundlicher sein sollen, können Verkehrsunternehmen ihre Effizienz steigern. Gemäß dem Standpunkt des Rates zu der überarbeiteten Richtlinie könnten unter Einhaltung der einschlägigen Zulassungs- und sonstigen Vorschriften der jeweiligen Mitgliedstaaten (MS) das gemietete Fahrzeug innerhalb der MS frei verwendet werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8639-2021-INIT/de/pdf>

### **Rat; Schlussfolgerungen „Den Schienenverkehr zur Nummer 1 intelligenter und nachhaltiger Mobilität machen“**

Der Rat für Verkehr nahm am 03.06.2021 Ratsschlussfolgerungen mit dem Titel „Den Schienenverkehr zur Nummer 1 intelligenter und nachhaltiger Mobilität machen“ an. Darin betont der Rat, dass die Mitgliedstaaten dem Schienenverkehr einen hohen Stellenwert einräumen. Das Dokument gibt für verschiedene politische Aufgabenbereiche Orientierung, insbesondere bei der Verkehrsverlagerung, bei Investitionen und der Konnektivität. Der portugiesische Minister für Infrastruktur und Wohnungswesen, Pedro Nuno Santos, betonte, dass es das Ziel des portugiesischen Ratsvorsitzes sei, dem Schienenverkehr mehr Bedeutung zu verleihen, da dieser optimal zu den politischen Zielvorstellungen der EU passe. Der Schienenverkehr trage nicht nur zu einer umweltfreundlicheren Mobilität bei, sondern auch zu höherem gesellschaftlichem und territorialem Zusammenhalt sowie zur Industrialisierung und wirtschaftlicher Entwicklung.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8790-2021-INIT/en/pdf>

### **Rat; Schlussfolgerungen zur Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität**

Der Rat für Verkehr nahm am 03.06.2021 Ratsschlussfolgerungen zur Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität an. Diese Strategie soll als Richtschnur für die Umsetzung des grünen und digitalen Wandels des Verkehrssystems der EU dienen. Der Rat begrüßt in seinen Schlussfolgerungen die Strategie und unterstützt ihre ehrgeizige Vision für den Verkehrssektor. In den Schlussfolgerungen wird außerdem dargelegt, welchen Beitrag der Sektor zur Nachhaltigkeit in den kommenden Jahren aus Sicht des Rates leisten kann. Insbesondere wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass sich der Transport- und der Logistiksektor vollständig von der Covid-19 Krise erholen müsse und rasch Fortschritte bei der Erstellung eines Notfallplans für den Verkehr zu erreichen sind, um auf Pandemien und andere Krisen künftig besser und schneller reagieren zu können.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8824-2021-INIT/en/pdf>

Digital

### **Kommission; Genehmigung der deutschen Mobilfunkförderrichtlinie**

Die Kommission hat am 25.05.2021 bekannt gegeben, die mit 2,1 Mrd. EUR ausgestattete deutsche Mobilfunkförderrichtlinie genehmigt zu haben. Mit der staatlichen Beihilfe soll der Ausbau, der Betrieb und die Gewährung des Zugangs zu

Infrastruktur für Hochleistungsmobilfunkdienste in derzeit mit höchstens 2G-Netzen versorgten Gebieten in Deutschland gefördert werden. Die Förderung betrifft die Bereitstellung von Hochleistungsmobilfunkdiensten, die auf der LTE-Mobilfunktechnologie (Long Term Evolution – ein 4G-Mobilfunkstandard) oder neueren Technologiegenerationen einschließlich 5G basieren und Hochgeschwindigkeitsinternet ermöglichen. Die Kommission hat die Regelung nach den EU-Beihilfavorschriften, v.a. Art. 107 Absatz 3 Buchstabe c AEUV, und nach den Grundsätzen ihrer Breitbandleitlinien von 2013 geprüft. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Regelung die Konnektivität fördere, weil diese einen Anreizeffekt für den weiteren Ausbau und Betrieb passiver hochleistungsfähiger Mobilfunkinfrastruktur in den Zielgebieten mit sich bringe. Außerdem trage sie zur Behebung eines Marktversagens in Gebieten bei, die dünn besiedelt sind bzw. ungünstige topografische Gegebenheiten aufweisen. Die Beihilfe sei auch erforderlich, da die aus der Zuweisung von Frequenzrechten resultierenden Versorgungsverpflichtungen der Mobilfunknetzbetreiber nicht die vollständige Abdeckung des deutschen Staatsgebiets sicherstellen würden. Die Angemessenheit wurde aufgrund eines Markttests bejaht. Der Beschluss (Aktenzeichen SA.59574) ist im Beihilfenregister der Kommission veröffentlicht worden.

[https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm?fuseaction=dsp\\_result&policy\\_area\\_id=3](https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm?fuseaction=dsp_result&policy_area_id=3)

### **Kommission; Ergebnisse der Konsultation zur Kostenreduzierungsrichtlinie**

Die Kommission hat am 26.05.2021 die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie 2014/61/EU über die Senkung der Breitbandkosten veröffentlicht. Die Kommission hatte bis zum 02.03.2021 um Stellungnahmen zu Anreizen für den Ausbau schneller Breitbandnetze, einschließlich Glasfaser und 5G, eingeholt. Die Kommissionsdienststellen haben 96 Eingaben aus 25 Ländern (22 Mitgliedstaaten, GBR, Norwegen und China) erhalten; davon waren 36 Unternehmen/Unternehmensorganisationen, 23 Unternehmensverbände, 23 öffentliche Behörden einschließlich nationaler Regulierungsbehörden, sechs EU-Bürger, zwei Nichtregierungsorganisationen, eine Gewerkschaft und fünf andere. Fast die Hälfte der Teilnehmer (43%) kritisierte, dass die Richtlinie nicht effektiv genug den Ausbau von elektronischen Hochgeschwindigkeits-Kommunikationsnetzen zu geringeren Kosten erleichtere. Die Hälfte der Eingaben bemängelt ferner, dass die Richtlinie nicht effektiv genug die Dauer und die Kosten im Genehmigungsprozess verringere. Mehr als drei Viertel der Antwortenden wiesen auch auf eine mangelnde Koordinierung der zuständigen Behörden im Genehmigungsprozess hin. Die Kommission will die Antworten nun vertieft analysieren und die Überarbeitung der Richtlinie weiter vorbereiten.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/broadband-cost-reduction-directive-summary-report-consultation-its-review>

### **Rat; Fortschrittsbericht zum Digital Services Act und zum Digital Markets Act**

Die Mitgliedstaaten haben auf dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit am 27.05.2021 eine Aussprache zum Digital Services Act (DSA) und zum Digital Markets Act (DMA) geführt. Die Kommission hatte diese Verordnungsvorschläge zur Regulierung von digitalen Diensten (DSA) und zur Sicherung bestreitbarer digitaler Märkte, auf denen sehr marktmächtige Plattformen, sog. Torwächter, agieren (DMA) am 15.12.2020 vorgelegt (vgl. BaB 23/20). Der Rat diskutiert über beide Vorschläge bereits auf Arbeitsebene; der PRT-Vorsitz hat dem Rat für Wettbewerbsfähigkeit nun Fortschrittsberichte über die Beratungen vorgelegt. DEU erklärte im Rat, die Vorschläge grundsätzlich zu unterstützen. Es bestünden aber noch offene Fragen und Klärungsbedarf. Diese betreffen den Anwendungsbereich der Verordnungen, ihr

Verhältnis zum nationalen Recht, die Durchsetzung der Verpflichtungen und die Rolle der nationalen Behörden bei der Durchsetzung. DEU sprach sich auch für eine europäische Lösung im DMA für sog. „Killer-Akquisitionen“, durch die große Plattformen kleinere Wettbewerber übernehmen, aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2021/05/27-28/>

### **Kommission; Vorbereitung des „Data Act“**

Die Kommission hat am 28.05.2021 eine sog. „Folgenabschätzung in der Anfangsphase“ für eine geplante Daten-Verordnung (sog. Data Act) veröffentlicht und am 03.06.2021 eine öffentliche Konsultation eingeleitet. Die Folgenabschätzung kann bis zum 25.06.2021 kommentiert werden; die Konsultation endet am 03.09.2021. Mit der neuen Verordnung will sie den Zugang und die Nutzung von Daten erleichtern. Erfasst werden sollen sowohl der Bereich „Business to Government“, also die Nutzung von Daten in privater Hand durch den öffentlichen Sektor im öffentlichen Interesse, als auch der Bereich „Business to Business“, einschließlich industrieller Wertschöpfungsketten und Cloud-Dienste. Der Data Act könne, so die Kommission, durch Initiativen für sektorale Datenräume oder für den Zugang und die Nutzung in bestimmten Sektoren oder Märkten, z.B. hinsichtlich Fahrzeugdaten, ergänzt werden. Außerdem soll die Richtlinie 96/9/EG über den rechtlichen Schutz von Datenbanken überarbeitet werden. Die Initiative ist, neben dem bereits vorgelegten Vorschlag für ein Daten Governance Gesetz, ein zentrales Element der Datenstrategie der Kommission. Ziel ist die Schaffung eines Binnenmarktes für Daten. Die Kommission will den Verordnungsvorschlag für einen Data Act bis Ende 2021 vorlegen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13045-Data-Act-including-the-review-of-the-Directive-96-9-EC-on-the-legal-protection-of-databases- de>

### **Kommission, Rat; transatlantische Datenautobahn EllaLink eingeweiht**

Die Kommission und der PRT-Ratsvorsitz haben im Rahmen ihrer gemeinsam organisierten Konferenz „Leading the Digital Decade“ am 01.06.2021 das transatlantische Unterseekabel „EllaLink“ eingeweiht, das den europäischen und den südamerikanischen Kontinent verbindet. Das 6.000 km lange Unterseekabel sorgt für einen schnelleren Datenaustausch beider Kontinente. Das Projekt war 2015 initiiert worden. EllaLink reduziert die derzeitige Latenzzeit um die Hälfte, auf unter 60 Millisekunden. Die neue digitale Datenautobahn verbindet Fortaleza in Brasilien mit Sines in PRT. Sie verläuft bis zu 4.500 m unter Wasser und wurde von der EU im Rahmen des Building the Europe Link with Latin America-Programms (BELLA) kofinanziert. Die EU hat für das BELLA-Programm 26,5 Mio. EUR bereitgestellt; auf brasilianischer Seite sind die Regierung und lateinamerikanische Nationale Forschungs- und Bildungsnetzwerke (NRENs) beteiligt.

Das BELLA-Konsortium besteht aus elf europäischen und lateinamerikanischen Forschungs- und Bildungsnetzwerken aus Brasilien, Chile, Kolumbien, Ecuador, FRA, DEU, ITL, ESP, zusammen mit den regionalen Netzwerken RedCLARA, dem lateinamerikanischen Forschungs- und Bildungsnetzwerk, und GÉANT, einem paneuropäischen Forschungs- und Bildungsnetzwerk.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/bella-new-digital-data-highway-between-europe-and-latin-america>

### **Kommission; Vorschlag für die europäische digitale Identität (EUid)**

Die Kommission hat am 03.06.2021 einen Verordnungsvorschlag zur Schaffung einer europäischen digitalen Identität (EUid) und Änderung der sog. eIDAS-Verordnung (EU) 910/2014 vorgelegt. Jeder Mitgliedstaat soll verpflichtet werden, mindestens ein EUid-Schema innerhalb von 12 Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung auf

nationaler Ebene zu schaffen und die Schema der anderen Mitgliedstaaten anzuerkennen. Dabei beschränkt sich die EUid nicht auf die persönlichen Identitätsdaten im engeren Sinne, sondern kann auch weitere (amtliche) Dokumente in elektronischer Form enthalten, wie z.B. Führerscheine oder Bildungsabschlüsse. Diese sollen in der sog. „European Digital Identity Wallet“, also einer „digitalen (Identitäts-) Briefftasche“, miteinander verknüpft werden können. Mit der „digitalen Briefftasche“ sollen Bürgerinnen und Bürger ihre Identität nachweisen können, um auf Online-Dienste zuzugreifen, digitale Dokumente austauschen oder nur ein bestimmtes persönliches Merkmal, wie z.B. das Alter, nachzuweisen, ohne ihre Identität oder andere persönliche Daten preiszugeben. Begleitend zu dem Legislativvorschlag veröffentlichte die Kommission eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Erarbeitung einer gemeinsamen „Toolbox“ für einen koordinierten Ansatz zur Schaffung des für die EUid notwendigen technischen Rahmens. Der Europäische Rat hatte in seinen Schlussfolgerungen vom 02.10.2020 die Entwicklung eines EU-weiten Rahmens für die sichere öffentliche elektronische Identifizierung (eID), einschließlich interoperabler digitaler Signaturen gefordert, und die Kommission zur Vorlage eines Vorschlags bis Mitte 2021 aufgefordert.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_2663](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_2663)

### **Kommission; Bewerbungen für den Broadband Award 2021**

Die Kommission hat zu Bewerbungen für den „Broadband Award 2021“ aufgerufen; Einreichungsfrist ist der 17.09.2021. Die Gewinner werden im Herbst bekanntgegeben und dürfen ihr Projekt auf dem „Broadband Day 2021“ präsentieren. Die Auszeichnung ist offen für Projekte sowohl im ländlichen als auch städtischen Raum, privat oder öffentlich, lokal, regional, national oder grenzüberschreitend. Fünf Preiskategorien sind aufgerufen: innovative Finanzierungs-, Business- und Investitionsmodelle, Kostenreduzierungsmaßnahmen und Ko-Investitionen, sozioökonomische Auswirkungen in ländlichen und abgelegenen Gegenden, Generierung von Nachfrage und Nutzung von Konnektivität sowie Qualität und Erschwinglichkeit von Dienstleistungen.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/european-broadband-awards>

## F o r s c h u n g

### **Rat; Forschung; Forschungslaufbahnen in Europa;**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat in der Formation Forschung am 28.05.2021 zum Thema Laufbahnen und Karrieren von Forschenden Schlussfolgerungen verabschiedet. Die Befassung mit der Thematik soll nach dem Ansatz der portugiesischen Ratspräsidentschaft einen Wendepunkt in Bezug auf das Ziel darstellen, die Attraktivität von Forschungslaufbahnen und die Mobilität von Hochqualifizierten zu erhöhen. Den Rahmen für bessere Karrierechancen soll der künftige Europäische Forschungsraum (ERA) bieten, den die Kommission mit ihrer Strategie von September 2020 dynamisieren möchte. In den nun verabschiedeten Schlussfolgerungen fordern die Ratsdelegationen die Schaffung eines Binnenmarkts für Forschung. Dieser soll bessere Bedingungen für Forschungslaufbahnen im akademischen Bereich als auch darüber hinaus bieten. Der Rat fordert für die Zukunft Mechanismen zur Förderung der beruflichen Entwicklung und Beratungsdienste für Forschende, um dem Trend hin zu prekären Beschäftigungsverhältnissen im akademischen Bereich entgegenzuwirken. Der Rat betont, dass die Anziehung und Bindung von Talenten in Europa von großer Bedeutung sei. Der Rat erklärt in dem Beschlusstext die Bedeutung der Förderung sektorübergreifender Mobilität. Zudem wird vorgeschlagen, stärkere Synergien zu schaffen, die sich aus den Allianzen der

Initiative „Europäische Hochschulen“ ergeben könnten, z.B. mit Blick auf Modelle für Laufbahntwicklung auf transnationaler Ebene.

<https://www.consilium.europa.eu/media/49980/st09138-en21.pdf>

### **Rat; Forschung; Finanzierung für Hochleistungsrechnen**

Der Rat für Wettbewerbsfähigkeit hat sich in der Formation Forschung am 28.05.2021 mit einer neuen Verordnung zum Thema Hochleistungsrechnen (HPC) befasst. Im Ergebnis haben sich die Ratsdelegationen im laufenden Gesetzesverfahren auf eine allgemeine Ausrichtung zu dem Verordnungsvorschlag geeinigt. Ziel ist die Gründung des einschlägigen „Gemeinsamen Unternehmens für europäisches Hochleistungsrechnen“, aufbauend auf dem bestehenden Unternehmen „EuroHPC“. Der portugiesische Ratsvorsitz begrüßte, dass die Einigung den Weg für die Entwicklung der nächsten Generation digitaler Technologien (Supercomputer und Quanteninformatik) in Europa ebne. Das gemeinsame Unternehmen kann demnach Mittel aus den Programmen Horizont Europa, Digitales Europa und Connecting Europe nutzen. Die Kommission hatte im September 2020 ihren Vorschlag vorgelegt. Der Rat sieht mit der allgemeinen Ausrichtung nun Änderungen vor. Geschaffen werden soll demnach ein Koordinierungsmechanismus für die zentrale Verwaltung der finanziellen Beiträge, der weitere Vereinfachungen für die Begünstigten bewirken soll. Auch sollen die beteiligten Staaten ein Vetorecht in Bezug auf die Verwendung ihrer nationalen Beiträge für Begünstigte mit Sitz in ihren Ländern behalten. Hinsichtlich der Steuerung des Unternehmens werden mit dem Ratstext die Einrichtung und Zuständigkeiten der verschiedenen vorgesehenen Gremien präzisiert und es wird festgelegt, dass die EU allein für die Verwaltungskosten aufkommt. Die Gesetzesverhandlungen werden nun nach diesem Beschluss weiter fortgeführt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/28/council-agreement-secures-eu-financing-of-high-performance-computing/>

### **Rat; Forschung; Research and Innovation Days; Anmeldungen möglich**

Die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission (DG RTD) hat am 01.06.2021 bekannt gegeben, dass Anmeldungen für die Research and Innovation Days (R&I Days) von nun an online möglich sind. Die von der Kommission organisierte Veranstaltung wird am 23. und 24.06.2021 online stattfinden und mehr als 60 Live-Sitzungen zu einer breiten Palette von Themen aus dem Bereich Forschung und Innovation anbieten. Zu den Themen gehören das neue Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa und dessen neue Prioritäten in der Förderperiode 2021-27, der Europäische Forschungsraum (ERA), die Europäischen Innovations-Ökosysteme und Diskussionen zu EU-Prioritäten wie dem digitalen Wandel und dem Europäischen Grünen Deal. Seit der erstmaligen Ausrichtung der R&I-Days im Jahr 2019 ist dies die jährliche politische Referenzveranstaltung der Kommission zur Zukunft von Forschung und Innovation. Die Konferenz soll die Möglichkeit bieten, Kontakte zu knüpfen und Beiträge von politischen Entscheidungsträgern, Interessenvertretern und Bürgern zu der Frage zu diskutieren, wie Forschungspolitik zum Erreichen der EU-Leitziele beitragen kann. An der letztjährigen Veranstaltung (pandemiebedingt bereits online ausgerichtet) nahmen über 35.000 Interessenten aus 188 Ländern in 146 Panels teil.

<https://ec.europa.eu/research-and-innovation/en/events/upcoming-events/research-innovation-days>

## Finanzdienstleistungen

### **Rat; Petra Hielkema zur Vorsitzenden der EIOPA ernannt**

Am 27.05.2021 hat der Rat einen Beschluss angenommen, mit dem er Petra Hielkema zur neuen Vorsitzenden der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) ernannt. Die EIOPA ist eine der drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden, die als Teil des Europäischen Finanzaufsichtssystems als unabhängiges Beratungsgremium für Kommission, EP und Rat fungieren. Der Beschluss über den Vorsitz sei auf Grundlage einer vom Aufsichtsgremium der EIOPA aufgestellten Auswahlliste der Kandidaten und nach Bestätigung durch das EP angenommen worden. Frau Hielkema ist derzeit Direktorin für Versicherungsaufsicht bei der niederländischen Zentralbank, wo sie für die Beaufsichtigung des Versicherungssektors verantwortlich ist. Zudem ist sie seit 2020 stellvertretendes Mitglied des EIOPA-Aufsichtsrats sowie Vorsitzende des politischen Lenkungsausschusses der europäischen Versicherungsaufsicht. Sie wird die Position zum 01.09.2021 für zunächst fünf Jahre antreten. Diese Amtszeit kann einmal verlängert werden.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/27/petra-hielkema-appointed-chair-of-eiopa/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Petra+Hielkema+appointed+chair+of+EIOPA](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/27/petra-hielkema-appointed-chair-of-eiopa/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Petra+Hielkema+appointed+chair+of+EIOPA)

### **Kommission; Finanzierungsplan im Rahmen von NextGenerationEU**

Die Kommission kündigte am 01.06.2021 im Rahmen des Fonds NextGenerationEU die Aufnahme einer langfristigen Anleihe (EU-Bonds) von schätzungsweise 80 Mrd. EUR an, die mit kurzfristigen Anleihen (EU-Bills) ergänzt werden soll. Der Finanzierungsplan soll im September von der Kommission aktualisiert werden, sobald ein genauerer Überblick über die benötigten Finanzierungen der Mitgliedstaaten vorliegt. Die Kommission finanziert NextGenerationEU im Namen der EU durch die Aufnahme von Darlehen auf den Kapitalmärkten von bis zu 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018. Die erste Aufnahme von Anleihen soll über eine Syndizierung mit dem Institut des Primärhändlernetzes der Kommission erfolgen. Weitere syndizierte Transaktionen sollen bis spätestens Ende Juli stattfinden. Außerdem möchte die Kommission ab September mit der Emission von EU-Bonds und EU-Bills über Auktionsverfahren beginnen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_2749](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_2749)

## Finanzen

### **Rat; Eigenmittelbeschluss aller 27 Mitgliedsstaaten**

Der Rat teilte am 31.05.2021 mit, die förmlichen Notifikationen über die Billigung des Eigenmittelbeschlusses von allen Mitgliedsstaaten (MS) erhalten zu haben. Mit der Vervollständigung der Liste der Notifikationen durch den Rat trat der Eigenmittelbeschluss am 01.06.2021 in Kraft. Mit dem Eigenmittelbeschluss ist die Kommission ermächtigt worden, im Namen der EU bis zu 750 Mrd. EUR zu Preisen von 2018 auf den Kapitalmärkten aufzunehmen. Dies sind Mittel, die im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden. Die Fazilität ist ein zentraler Teil des Instruments der EU zur wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie, NextGenerationEU.

<https://www.consilium.europa.eu/en/documents-publications/treaties-agreements/agreement/?id=2020025&DocLanguage=en>

### **Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen**

Am 21.05.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Format der EUR-Gruppe in Lissabon. Auf der Tagesordnung der Sitzung

standen insbesondere die Wirtschafts- und Haushaltsentwicklung in der Eurozone sowie die Langzeitwirkungen der COVID-19-Pandemie. Im Anschluss tagte der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) am 21. und 22.05.2021. Der inhaltliche Fokus der Beratungen lag auf der wirtschaftlichen Erholung nach der COVID-19-Pandemie. Dabei wurden auch die Besteuerung im Umweltbereich und der Weg zu einem ausgewogenen, integrativen und widerstandsfähigen Aufschwung diskutiert.

<https://www.2021portugal.eu/en/news/eu-economy-and-finance-ministers-discuss-the-road-to-recovery/>

### **EuRH; Sonderbericht zum Gender Mainstreaming im EU-Haushalt**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 26.05.2021 seinen Sonderbericht „Gender Mainstreaming im EU-Haushalt: Auf Worte sollten nun Taten folgen“ veröffentlicht. Die Prüfer des Hofes haben untersucht, ob der Gleichstellungsaspekt ab 2014 im EU-Haushalt durchgängig berücksichtigt wurde. Sie stellten fest, dass es noch keinen wirksamen Rahmen zur Förderung von Gender Mainstreaming gebe und dass die Gleichstellung der Geschlechter im EU-Haushaltszyklus nicht angemessen berücksichtigt werde. Die Kommission habe geschlechterspezifischen Analysen zu EU-Politiken und -Programmen nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt und nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten und Indikatoren in der Haushaltspolitik nur in begrenztem Umfang genutzt. Eine an Gleichstellungsfragen orientierte Haushaltsgestaltung bedeute mehr als nur die Finanzierung von Initiativen, die ausdrücklich auf die Gleichstellung der Geschlechter abzielten. Vielmehr gehe es darum, ein Verständnis dafür zu schaffen, wie sich haushaltspolitische Entscheidungen auf die Ziele der Geschlechtergleichstellung auswirkten. Der Hof fordert die Kommission abschließend auf, die Gleichstellung der Geschlechter im neuen Haushaltszyklus 2021-2027 und beim Wiederaufbauplan NextGenerationEU durchgängig zu berücksichtigen.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR21\\_10/INSR\\_Gender\\_mainstreaming\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INSR21_10/INSR_Gender_mainstreaming_DE.pdf)

### **Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 2,0% gestiegen**

Am 01.06.2021 veröffentlichte das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Schnellschätzung für die jährlichen Inflationsraten. Im Mai 2021 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei 2,0%, gegenüber 0,6% im April. Für Deutschland wird eine Inflation von 2,4% geschätzt. Im Hinblick auf die Hauptkomponenten der Inflation im Euroraum wird erwartet, dass die Komponente „Energie“ im Mai die höchste jährliche Rate aufweist (13,1% gegenüber 10,4% im April), gefolgt von der Komponente „Dienstleistungen“ (1,1% gegenüber 0,9% im April), dem Bereich „Industriegütern ohne Energie“ (0,7% gegenüber 0,4% im April) und dem Bereich „Lebensmitteln, Alkohol und Tabak“ (0,6% unverändert gegenüber April).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11563103/2-01062021-AP-DE.pdf/6cc1976e-71f9-a513-6f1a-158c1284a63c?t=1622476482728>

### **Kommission; Einrichtung einer EU-Steuerbeobachtungsstelle zum Kampf gegen Steuermisbrauch**

Die Kommission kündigte am 01.06.2021 die Einrichtung einer Europäischen Steuerbeobachtungsstelle an. Die neue Beobachtungsstelle ist ein Konsortium aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die für den Zeitraum der Jahre 2020-2021 EU-Mittel in Höhe von 1,2 Mio. EUR erhalten hatten, um die EU durch Forschung, Analyse und Austausch bei der Bekämpfung von Steuermisbrauch zu unterstützen. Die neue Forschungseinrichtung unter der Leitung des französischen Professors Gabriel Zucman soll unabhängig arbeiten, objektiv informieren und Initiativen vorschlagen, die zur besseren Bekämpfung von Steuerhinterziehung,

Steuervermeidung und aggressiver Steuerplanung beitragen. Außerdem soll die Stelle zur Förderung einer gerechteren Besteuerung in der EU beitragen sowie die internationale Debatte mit Spitzenforschung über Besteuerung in einer globalisierten Welt voranbringen. Dies ist laut dem für Wirtschaft zuständige EU-Kommissar Paolo Gentiloni wichtig, da die öffentlichen Einnahmen für die Erholung und das erneute Wirtschaftswachstum in der EU benötigt werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-steuerbeobachtungsstelle\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210601-steuerbeobachtungsstelle_de)

### **Rat; Kommission; EP; Politische Einigung bei länderbezogener Berichterstattung durch große multinationale Unternehmen**

Am 01.06.2021 erzielten die Vertreter des portugiesischen Ratsvorsitzes mit dem Verhandlungsteam des EP eine vorläufige politische Einigung über die vorgeschlagene Richtlinie über die Offenlegung von Ertragsteuerinformationen durch bestimmte Unternehmen und Zweigniederlassungen, die gemeinhin als Richtlinie über die öffentliche länderbezogene Berichterstattung bezeichnet wird. Laut dem vereinbarten Text müssen multinationale Unternehmen sowie eigenständige Unternehmen – mit Sitz innerhalb oder außerhalb der EU –, die in den letzten zwei aufeinanderfolgenden Geschäftsjahren jeweils einen konsolidierten Gesamtumsatz von mehr als 750 Mio. EUR erzielt haben, ihre Ertragsteuerinformationen offenlegen. Dies soll in Bezug auf jeden Mitgliedstaat sowie auf jedes Drittland, das in Anlage I der Schlussfolgerungen des Rates zur EU-Liste nicht kooperativer Länder und Gebiete für Steuerzwecke oder während zwei aufeinanderfolgenden Jahren in Anhang II dieser Ratsschlussfolgerungen aufgeführt ist, erfolgen. Diese Berichterstattung soll nach einem gemeinsamen EU-Muster und in maschinenlesbaren elektronischen Formaten erfolgen. Um einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand für die beteiligten Unternehmen zu vermeiden und die Informationspflicht auf die Elemente zu beschränken, die laut den Gesetzgebern nötig sind, um eine wirksame öffentliche Kontrolle zu ermöglichen, enthält die Richtlinie eine vollständige und endgültige Liste der Informationen, die offenzulegen sind. Die Mitgliedstaaten haben 18 Monate Zeit, um die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/01/public-country-by-country-reporting-by-big-multinationals-eu-co-legislators-reach-political-agreement/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Public+country-by-country+reporting+by+big+multinationals:+EU+co-legislators+reach+political+agreement](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/06/01/public-country-by-country-reporting-by-big-multinationals-eu-co-legislators-reach-political-agreement/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Public+country-by-country+reporting+by+big+multinationals:+EU+co-legislators+reach+political+agreement)

### **Kommission; Veröffentlichung der länderspezifischen Empfehlungen**

Am 02.06.2021 veröffentlichte die Kommission im Rahmen des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters ihre länderspezifischen Empfehlungen. Mit diesen Empfehlungen für die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten (MS) begleitet die Kommission den Prozess der schrittweisen Wiederbelebung der Wirtschaft. Diese Empfehlungen sollen den MS helfen, ihre wirtschaftliche Erholung voranzutreiben und dabei die Aufbau- und Resilienzfähigkeit, das zentrale Instrument von NextGenerationEU, bestmöglich zu nutzen. Das Europäische Semester findet in diesem Jahr in abgewandelter Form statt, da es mit den nationalen Aufbau- und Resilienzplänen verknüpft wurde, in denen die MS darlegen, welche Investitionen und Reformen sie konkret aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit finanzieren werden. Aus Sicht der Kommission sollte die Haushaltspolitik 2021 und 2022 weiterhin die Stützung der Konjunktur zum Ziel haben. Die MS sollten eine verfrühte Beendigung ihrer Stützungsmaßnahmen vermeiden und die Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfähigkeit in vollem Umfang für Investitionen und Reformen nutzen. Angesichts der Beurteilung

der Wirtschaftslage durch die Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2021 soll die allgemeine Ausweichklausel 2022 weiter angewandt werden und voraussichtlich 2023 zum Ende kommen. Für Deutschland empfiehlt die Kommission in den länderspezifischen Empfehlungen, im Jahr 2022 einen unterstützenden fiskalischen Kurs beizubehalten und national finanzierte Investitionen zu erhalten. Mittelfristig sollte die fiskalpolitische Nachhaltigkeit wieder mehr in den Fokus rücken. Insgesamt sollten nachhaltige und wachstumsfördernde Investitionen Vorrang haben, insbesondere zur Unterstützung des digitalen Wandels.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2722](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2722)

## S o z i a l e s

### **Kommission; Erstmals EU-Jugendkoordinatorin benannt**

Die Kommission hat am 31.05.2021 erstmals eine EU-Jugendkoordinatorin benannt. Die Jugendkoordinatorin soll als institutionenübergreifende Ansprechperson für Belange der EU-Jugendpolitik dienen. Mit der Benennung setzt die Kommission einen Baustein der 2018 verabschiedeten EU-Jugendstrategie 2019-2027 um. Jugendkommissarin Mariya Gabriel betraute mit der Aufgabe die Kroatian Biliana Sirakova. Sirakova war zuvor als förderpolitische Programmanagerin in der Kommission tätig.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_21\\_2807](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_2807)

### **Kommission; Plattform für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze zur Beschleunigung der digitalen Qualifizierung in Europa gestartet**

Die Kommission hat am 20.05.2021 die erste Plattform für digitale Kompetenzen zur Beschleunigung der digitalen Qualifizierung in Europa gestartet. Die sog. „Digital Skills and Jobs – Plattform“ wurde im Zuge der Strategie zum digitalen Kompass 2030 ins Leben gerufen und soll eine zentrale Anlaufstelle für digitale Informationen und Kompetenzen im beruflichen Kontext dienen. Wesentliches Ziel ist es, einen Beitrag zum Ausbau der digitalen Grundkenntnisse zu leisten. Dabei richtet sich das Angebot sowohl an Schulungsteilnehmer (Studierende, Berufstätige und Jobsuchende) sowie an KMU, die Politik und Anbieter von Trainingsangeboten. Finanziert wird die Plattform mit EU-Mitteln aus dem Fonds Connecting Europe. Mittelfristig soll mit der Plattform in Kooperation mit den Programmen Digitales Europa und NextGenerationEU bis zu 80 % der europäischen Bevölkerung digitale Grundkompetenzen vermittelt werden und somit zur Umsetzung des Aktionsplans zur Vollendung der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEX\\_21\\_2584](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEX_21_2584)

### **Kommission; Weitere 14,1 Mrd. EUR im Rahmen des SURE-Instruments ausgezahlt**

Die Kommission hat am 25.05.2021 im Rahmen des SURE-Instruments die siebte Tranche zur finanziellen Unterstützung in Höhe von 14,1 Mrd. EUR an zwölf Mitgliedstaaten (MS) überwiesen. Mit SURE (European instrument for temporary support to mitigate Unemployment Risks in an Emergency) will die Kommission die MS durch Darlehen dabei unterstützen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben für Maßnahmen zur Beschäftigungserhaltung (z.B. Kurzarbeit) zu bewältigen. So sollen die MS in die Lage versetzt werden, die Kosten zu tragen, die durch die Finanzierung der nationalen Vorschriften für kurzfristige Arbeit und ähnlicher

Maßnahmen entstehen. Bisher sind insgesamt 90 Mrd. EUR aus dem SURE-Instrument in Form sogenannter Back-to-Back-Darlehen an 19 MS geflossen. Bulgarien und Estland profitieren nun erstmals von dem Instrument.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_2592](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_2592)

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **EU; EU-Verordnung für Medizinprodukte tritt in Kraft/ Gegenseitige Anerkennung zwischen der EU und der Schweiz verliert ab 26.05.2021 ihre Gültigkeit**

Am 26.05.2021 ist die Anwendung der neuen EU-weit geltenden Vorschriften für Medizinprodukte in Kraft getreten. Der eigentliche Geltungsbeginn der EU-Verordnung für Medizinprodukte war der 26.05.2020. Dieser wurde jedoch im Zuge der Pandemie und der Rücksichtnahme für die Hersteller in dieser Ausnahmesituation bezüglich ihrer Anwendung um ein Jahr verschoben. Ziel der Verordnung ist es, die Transparenz in der Branche zu verbessern und das EU-Recht an den technologischen und medizinischen Fortschritt anzupassen. Der geschaffene Rechtsrahmen soll zugleich dem Patientenschutz und der Stärkung der öffentlichen Gesundheit dienen. Eine direkte Konsequenz des nicht zustande gekommenen institutionellen Rahmenabkommens mit der Schweiz ist, dass mit der neuen Verordnung die gegenseitige Anerkennung von Medizinprodukten zwischen der EU und der Schweiz zum 26.05.2021 ihre Gültigkeit verloren hat. (vgl. Beitrag unter Außen- und Verteidigungspolitik)

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2684](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2684)

### **EMA; Bilanz der Kooperation mit EUnetHTA veröffentlicht**

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und das European Network for Health Technology Assessment (EUnetHTA) haben am 01.06.2021 einen Bericht zur Bilanz ihrer bisherigen Kooperation veröffentlicht. Im Bericht ziehen die EMA und das EUnetHTA ihr Resümee der seit 2017 laufenden Kooperation. Darin kommen sie zu dem Schluss, dass durch die Zusammenarbeit bestimmte Synergien zwischen behördlicher Bewertung und dem Health Technology Assessment (Medizintechnik-Folgenabschätzung; HTA) entlang des Lebenszyklus von Arzneimitteln genutzt werden konnten, um den Zugang zu innovativen Arzneimitteln für Patienten in der EU zu beschleunigen. Mit dem HTA war 2005 ein „nachhaltiges europäisches Netzwerk für die Bewertung von Gesundheitstechnologien“ eingerichtet worden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-eunethta-take-stock-their-cooperation>

## Umwelt

### **Kommission; Bericht zur Umsetzung von EU-Maßnahmen zum Schutz von Bestäubern**

Am 27.05.2021 veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Umsetzung der EU-Bestäuberinitiative COM/2018/395, die gegen den Rückgang wildlebender Bestäuberinsekten wie Bienen vorgehen soll. Der Bericht zeigt laut Kommission auf, dass die Initiative der EU ein wichtiges Instrument ist, das es den Mitgliedstaaten und Interessenträgern ermöglicht, dem Rückgang der Bestäuber entgegenzuwirken. In drei Schwerpunktbereichen konnten demnach bis Ende 2020 mehr als 30 Maßnahmen getroffen werden. Die Maßnahmen betreffen die Verbesserung der Kenntnisse über den Rückgang der Bestäuber, die Bekämpfung der Ursachen des Bestäuberrückgangs und die Einbeziehung der Öffentlichkeit und Förderung der Zusammenarbeit. So

wurde u.a. der sog. „Park der Bestäuber“, ein digitales Instrument zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit, sowie ein EU-weites System zur Artenzustandsüberwachung von der Kommission ins Leben gerufen. Der Bericht stellt allerdings auch fest, dass die Maßnahmen zum Erhalt der Bestäuber, insbesondere im Bereich der Ursachenbekämpfung, intensiviert werden müssen. Jede zehnte Bienen- und Schmetterlingsart sei in Europa vom Aussterben bedroht und bei einem Drittel schrumpfe der Bestand. Insbesondere der Verlust von Lebensräumen in Agrarlandschaften und die Auswirkungen von Pestiziden seien im Rahmen der Biodiversitätsstrategie für 2030, der EU-Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und dem Null-Schadstoff-Aktionsplan, verstärkt zu verfolgen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_21\\_2624](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_2624)

### **Kommission; Leitlinien zur Reduzierung von Einwegkunststoffartikeln und Vorgaben zur Überwachung von Fanggeräten**

Zur Anwendung der EU-Richtlinie 2019/904 über die Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt, die bis zum 03.07.2021 in nationales Recht umgesetzt sein muss, präsentierte die Kommission am 31.05.2021 Leitlinien und einen Durchführungsbeschluss. Die Leitlinien sollen eine einheitliche Anwendung der neuen Richtlinie ermöglichen, indem sie konkret definieren, welche Produkte davon betroffen sind. Der Durchführungsbeschluss fordert Mitgliedsstaaten ab 2022 dazu auf, in Verkehr gebrachte Fanggeräte sowie gesammelten Fanggeräte-Abfall zu überwachen und an die EU zu melden. Die auf diesem Wege gesammelten Daten sollen einen Beitrag zur Reduzierung von Fanggeräte-Abfällen leisten, die heute noch mehr als ein Viertel aller Kunststoffabfälle an Stränden ausmachen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2710](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2710)

### **Kommission; Konsultation über nachhaltige Gestaltung von Mobiltelefonen und Tablets**

Am 31.05.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation über eine neue Verordnung für ein nachhaltigeres Design von Mobiltelefonen und Tablets. Im Rahmen des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft soll diese Initiative dazu beitragen, dass Ressourcen in Mobilgeräten zukünftig nachhaltiger und energieeffizienter genutzt werden können. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen die Geräte problemlos reparieren, Systemverbesserungen (Upgrades) durchführen und sie instand halten können. Die Kommission beabsichtigt auch, dass defekte Geräte einfacher repariert oder recycelt werden. Bis zum 23.08.2021 können Rückmeldungen eingereicht werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12797-Nachhaltige-Gestaltung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Okodesign\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12797-Nachhaltige-Gestaltung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Okodesign_de)

### **Kommission; Konsultation über Energieverbrauchskennzeichnung von Mobiltelefonen und Tablets**

In Ergänzung zu einer geplanten neuen Verordnung zum Ökodesign von Mobiltelefonen und Tablets erwägt die Kommission eine delegierte Verordnung, die eine bessere Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Umweltauswirkungen von Mobilgeräten ermöglichen soll. Konkret ist angedacht, neue Kennzeichnungsanforderungen einzuführen, um die Nachhaltigkeit und insbesondere den Energieverbrauch von Mobilgeräten für Konsumenten transparenter zu machen. Auch für diese Initiative startete die Kommission am 31.05.2021 eine öffentliche Konsultation und bittet bis zum 23.08.2021 um Rückmeldungen.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12798-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Verbraucherinformationen-uber-Umweltauswirkungen\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12798-Energieverbrauchskennzeichnung-von-Mobiltelefonen-und-Tablets-Verbraucherinformationen-uber-Umweltauswirkungen_de)

### **Kommission; Qualität von europäischen Badegewässern**

Am 01.06.2021 veröffentlichte die Kommission den Jahresbericht über Badegewässer für das Jahr 2020. Die Europäische Umweltagentur (EUA) in Kooperation mit der Kommission kommt darin zu dem Ergebnis, dass im Jahr 2020 82,8% der Badegewässer in den EU-Mitgliedstaaten, in Albanien und der Schweiz gemäß den Anforderungen der EU als „ausgezeichnet“ bezeichnet werden konnten. In Deutschland galten sogar 89,9% der 2304 untersuchten Badegewässer als „ausgezeichnet“. Dem EU-Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei Virginijus Sinkevičius und dem Exekutivdirektor der EUA Hans Bruyninckx zufolge ist dieser Erfolg auf die seit mehr als 40 Jahren laufenden Anstrengungen der EU zur Verbesserung der Wasserqualität in Badegewässern zu verdanken. Dennoch plant die Kommission, im Rahmen ihres Null-Schadstoff-Aktionsplans und ihrer Biodiversitätsstrategie die derzeit gültige Badegewässerrichtlinie 2006/7/EG auf ihre Aktualität und Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen. Dafür ist noch in diesem Quartal eine öffentliche Konsultation der Interessengruppen geplant.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_21\\_2703](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_2703)

### **Kommission; Partnerschaft der EU mit „Breakthrough Energy“-Initiative**

Am 02.06.2021 haben Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bill Gates eine Partnerschaft zwischen der Kommission und Breakthrough Energy angekündigt. Breakthrough Energy ist eine 2015 durch Bill Gates gegründete Vereinigung mehrerer Organisationen, die sich der Entwicklung von Technologien für nachhaltige Energiegewinnung mit reduzierten Treibhausgasemissionen verschrieben haben. Die neue Partnerschaft soll Investitionen für groß angelegte kommerzielle Demonstrationsprojekte für saubere Technologien mobilisieren, um die Kosten zu senken, die Projekte rascher umzusetzen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Insbesondere die Entwicklung von grünem Wasserstoff, von nachhaltigen Flugzeugtreibstoffen, von direkter CO<sub>2</sub>-Abscheidung aus der Luft und von Langzeitenergiespeichern soll durch die Kooperation zwischen privaten und öffentlichen Investoren begünstigt werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP\\_21\\_2746](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_21_2746)

### **Kommission; Ehrung der Gewinner der LIFE Awards auf der EU Green Week 2021**

Am 02.06.2021 ehrte die Kommission auf der „EU Green Week“ die Sieger der diesjährigen LIFE Awards. Das Förderprogramm LIFE der EU, das seit 1992 bereits etwa 5500 Umwelt- und Klimaschutzprojekte mitfinanziert hat, würdigte damit „innovative, inspirierende und effektive“ Projekte in den drei Kategorien Naturschutz, Umwelt und Klimaschutz. Unter den 15 Finalisten wählte eine Expertenjury je ein Gewinnerprojekt pro Kategorie. Zudem konnten Bürgerinnen und Bürger in einer Online-Abstimmung das Gewinnerprojekt des LIFE Citizens' Prize bestimmen. Ein Projekt junger Freiwilliger im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps wurde mit dem LIFE4Youth Award ausgezeichnet. Der Beauftragte der Kommission für den Europäischen Grünen Deal, Frans Timmermans, sowie der europäische Kommissar für Umwelt, Ozeane und Fischerei, Virginijus Sinkevičius, gratulierten den Preisträgerinnen und Preisträgern und betonten die Wichtigkeit ihres Engagements für das Erreichen der Umwelt- und Klimaschutzziele der EU.

[https://ec.europa.eu/environment/news/life-programme-eu-honours-inspirational-projects-supporting-nature-environment-and-climate\\_en](https://ec.europa.eu/environment/news/life-programme-eu-honours-inspirational-projects-supporting-nature-environment-and-climate_en)

### **Kommission; Begrenzung von Anilin in Spielwaren**

Am 03.06.2021 verabschiedete die Kommission eine Änderung der Richtlinie 2009/48/EG zur Sicherheit von Spielwaren, indem sie den Gehalt von Anilin in Spielwaren auf 10 mg/kg in ungebundener Form, wie z.B. in Fingerfarbe, und auf 30 mg/kg in gebundener Form, wie z.B. in Textilien, begrenzt. Anilin ist eine potenziell krebserregende Substanz, die in einigen Spielwaren enthalten ist und dadurch von Kindern in den Mund genommen werden könnte. Die Änderung der Richtlinie zur Sicherheit von Spielwaren ist das Ergebnis einer öffentlichen Konsultation, die 2020 abgehalten wurde, sowie einer dreimonatigen Periode, in der EP und Rat Einspruch einlegen konnten. Die neuen Anilin-Grenzwerte müssen innerhalb von 18 Monaten nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in allen EU-Mitgliedstaaten eingehalten werden.

[https://ec.europa.eu/growth/content/toy-safety-commission-limits-presence-harmful-substance-toys\\_en](https://ec.europa.eu/growth/content/toy-safety-commission-limits-presence-harmful-substance-toys_en)

### **EuGH; Deutschland hat die Grenzwerte für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) systematisch und anhaltend überschritten**

Mit seinem Urteil vom 03.06.2021 in der Rechtssache C-635/18 hat der Gerichtshof festgestellt, dass Deutschland gegen die Richtlinie über Luftqualität verstoßen habe. Der Verstoß erfolgte laut EuGH dadurch, dass der Jahresgrenzwert für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in 26 der 89 beurteilten Gebiete und Ballungsräume vom 01.01.2010 bis einschließlich 2016 systematisch und anhaltend überschritten wurde. Deutschland habe insbesondere gegen die Richtlinie verstoßen, indem der Stundengrenzwert für NO<sub>2</sub> in zwei Gebieten, (Ballungsraum Stuttgart und im Ballungsraum I Rhein-Main), systematisch und anhaltend überschritten wurde. Überdies habe Deutschland gegen seine die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass die Luftqualitätspläne geeignete Maßnahmen vorsehen, damit der Zeitraum der Nichteinhaltung der Grenzwerte so kurz wie möglich gehalten wird, verstoßen. Es seien keine geeigneten Maßnahmen ergriffen worden, um ab dem 11.06.2010 in allen Gebieten die Einhaltung der Grenzwerte für NO<sub>2</sub> zu gewährleisten. Seit 2010 gelten Grenzwerte für Stickstoffdioxid in der EU. Die EU-Luftqualitätsrichtlinie legt fest, dass im Jahresmittel nicht mehr als 40 µg/m<sup>3</sup> Stickstoffdioxid in der Luft gemessen werden dürfen. Ein Stundenmittel von 200 µg/m<sup>3</sup> darf nicht öfter als 18 Mal im Kalenderjahr überschritten werden. Die Kommission hatte bereits 2014 ein Vorverfahren wegen Nichteinhaltung der europäischen Grenzwerte gegen Deutschland begonnen. Am 17.05.2018 erhob sie schließlich Klage beim EuGH.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-06/cp210094de.pdf>

## **L a n d w i r t s c h a f t**

### **Kommission; Konsultation zur Pflanzen- und Heimvögeleinfuhr in die EU**

Am 21.05.2021 startete die Kommission eine Konsultation über den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Aktualisierung der Regeln zur Einfuhr von Pflanzen/Pflanzenerzeugnissen und Heimvögeln zum persönlichen Gebrauch in die EU. Die Verordnung ist Teil von EU-Vorschriften, die die Einschleppung von Schädlingen und Krankheiten aus Drittländern verhindern soll, um den Tierschutz und den Schutz der Pflanzengesundheit zu gewährleisten. Die Aktualisierung betrifft die Klarstellung von Ausnahmenregelungen für Hunde, Katzen und Frettchen aus bestimmten Staaten, die Aufnahme eines Verweises auf Rechtsvorschriften für Heimvögel, die in die EU eingeführt werden, und eine einzuführende Gewichtsobergrenze von 2 kg für Erzeugnisse, die im persönlichen Gepäck eingeführt

werden. Bis zum 18.06.2021 können nun Rückmeldungen über den Entwurf des Rechtsakts bei der Kommission eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12374-Tier-und-Pflanzengesundheitskontrollen-Vorschriften-fur-die-Einfuhr-zum-personlichen-Gebrauch-von-Pflanzen-&-Ausnahmeregelungen-fur-Heimtiere-Aktualisierung- de>

### **Kommission; Konsultation über Sicherheit von Fischereifahrzeugen**

Am 21.05.2021 stellte die Kommission Fahrpläne zur Bewertung der Umsetzung und Durchführung der Richtlinie 97/70/EG über die Sicherheit von Fischereifahrzeugen. Die Bewertung bezieht sich insbesondere auf die Sicherheit von Fischereifahrzeugen vor dem Hintergrund der jüngsten technischen Verbesserungen in der Sicherheit der Handelsschifffahrt und auf die Frage, ob der Anwendungsbereich der Richtlinie auf kleinere Schiffe ausgeweitet werden sollte. Bis zum 18.06.2021 können nun Rückmeldungen über die Richtlinie bei der Kommission eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12522-Fischerei-Richtlinie-uber-die-Sicherheit-von-Fischereifahrzeugen-Bewertung- de>

### **Kommission; Fischfang; Konsultation über Einführung einer Fangdokumentation für Roten Thun**

Am 21.05.2021 startete die Kommission eine Konsultation über den Vorschlag einer Verordnung zur Einführung einer Fangdokumentationsregelung für Roten Thun. Die Verordnung soll die Bestandserhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen, die die Internationale Kommission für die Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) verabschiedet hat, umsetzen und ein elektronisches Fangdokumentationssystem für Roten Thun einführen, um die Herkunft des Roten Thuns zu ermitteln. Die Verordnung soll zusätzliche Bestimmungen über Fangdokumente und Wiederausfuhrbescheinigungen sowie über die Überprüfung durch und die Datenübermittlung und Berichterstattung an die ICCAT festlegen. Bis zum 16.07.2021 können nun Rückmeldungen über den Entwurf des Rechtsakts bei der Kommission eingereicht werden.

[https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13036-Fischereien-auf-Thunfisch-Vorschlag-fur-eine-Verordnung-zur-Einfuhrung-einer-Fangdokumentationsregelung-fur-Roten-Thun\\_ de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13036-Fischereien-auf-Thunfisch-Vorschlag-fur-eine-Verordnung-zur-Einfuhrung-einer-Fangdokumentationsregelung-fur-Roten-Thun_ de)

### **Rat; EP; Trilogverhandlungen zur Agrarreform vertagt**

Vom 25.-27.05.2021 fand ein sogenannter „Supertrilog“ zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) statt. Zur Debatte standen alle drei GAP- Verordnungsentwürfe, namentlich die Verordnung zu den nationalen Strategieplänen (COM/2018/392), die Horizontalverordnung zur Finanzierung, Verwaltung und Überwachung der GAP (COM/2018/393) und die Verordnung zur gemeinsamen Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse und über Qualitätsregelungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel (COM/2018/394). Zeitgleich diskutierten Ministerinnen und Minister der Mitgliedsstaaten im Rat für Landwirtschaft und Fischerei über die Reform der GAP. Dies sollte, falls erforderlich, eine schnelle Anpassung des Verhandlungsmandats des Rates ermöglichen. Am dritten Verhandlungstag des Trilogs blieben einige wichtige Diskussionspunkte zwischen Rat und Parlament jedoch strittig. Dabei handelte es sich unter anderem um die soziale Konditionalität und die zukünftige „grüne Architektur“. Dies umfasste auch die Frage, welcher Prozentsatz der Direktzahlungen für die sogenannten Öko-Regelungen vorgesehen werden sollte. Hier forderte das Parlament 30%, während der Rat sich ursprünglich für 20% bei einer 2-jährigen Übergangsperiode ausgesprochen hatte. Die portugiesische Ratspräsidentschaft legte dem Parlament ein Kompromisspaket vor, das jedoch vom Parlament abgelehnt wurde. Da der Rat sich zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage sah, ein neues Mandat

zu verhandeln, wurden die weiteren Verhandlungen mit dem Parlament bis zur nächsten Sitzung des Agrarrats im Juni verschoben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210523IPR04608/eu-farm-policy-reform-council-must-be-more-flexible-we-cannot-waste-more-time>

### **Rat, Sitzung der Agrarministerinnen und -minister**

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei tagte am 26. und 27.05.2021 in Brüssel. Neben einer Diskussion zur Agrarreform, die allerdings im Trilog gescheitert war, (siehe separaten BaB-Artikel) verabschiedete der Rat Schlussfolgerungen zum im September in New York bevorstehenden UN-Gipfel zu Ernährungssystemen, dessen Vorgipfel vom 26. bis 28.07.2021 in Rom stattfinden wird. Darin folgerte er, dass der Gipfel eine wichtige Möglichkeit darstelle, globale Ernährungssysteme nachhaltig zu verändern. Die Kommission stellte zudem zwei Studien vor - eine Studie zu Pflanzenvermehrungsmaterial (PRM), die die Notwendigkeit legislativer Maßnahmen im Bereich des Marketings und der Produktion von PRM unterstreicht, sowie eine Studie der Kommission zu neuen genomischen Techniken (NPBT), die Rechtsunsicherheiten in diesem Bereich hervorhebt und eine Anpassung der EU-Regelungen an wissenschaftliche Fortschritte fordert. Der von der Kommission vorgestellte Aktionsplan zum biologischen Anbau, der den Anstieg der biologischen Anbaubereiche auf 25% des landwirtschaftlich genutzten Landes bis 2030 vorsieht, wurde ebenfalls von den Mitgliedsstaaten diskutiert.

[https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2021/05/26-27/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Agriculture+and+Fisheries+Council](https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/agrifish/2021/05/26-27/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Agriculture+and+Fisheries+Council)

### **Rat; Agrarrat verabschiedet Schlussfolgerungen zu einer nachhaltigen blauen Wirtschaft**

Bei seinem Treffen am 26./27.05.2021 billigte der Rat für Landwirtschaft und Fischerei Schlussfolgerungen zu einer nachhaltigen Nutzung von Ozeanen und Meeren. Die Kommission hatte zuvor am 17.05.2021 ein neues Konzept für eine blaue Wirtschaft vorgestellt (vgl. BaB 10/21). Im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal beruhen die Schlussfolgerungen des Rats auf vier Säulen: Erstens betonen diese die Wichtigkeit gesunder Ozeane für den Schutz ganzer Ökosysteme und den Erhalt von Biodiversität. Zweitens unterstreicht die Erklärung die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für ein besseres Management der Meere und die Entwicklung einer innovativen Meereswirtschaft. Drittens weist die Erklärung darauf hin, dass eine solche nachhaltigere Meereswirtschaft wesentlich zum Wohlstand Europas beitragen kann. Viertens stellt sie dar, inwiefern diese nachhaltige blaue Wirtschaft eine gerechtere und inklusivere Gesellschaft begünstigt und somit zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie beitragen kann.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/05/26/council-conclusions-on-a-sustainable-blue-economy/>

### **Kommission; Bericht zum Einfluss der GAP auf Klimawandel und Treibhausgasemissionen**

Am 01.06.2021 veröffentlichte die Kommission den Abschlussbericht einer Evaluation des Einflusses der GAP auf den Klimawandel und Treibhausgasemissionen. Die landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen in der EU konnten im Vergleich zu 1990 demnach bereits um mehr als 20% gesenkt werden. Angesichts einer steigenden Agrarproduktion stagnierten die Emissionen jedoch seit 2010. Um die EU-Klimaziele für 2030 dennoch zu erreichen, ist es dem Bericht zufolge daher notwendig, den Klimaschutz in der Landwirtschaft weiter voranzutreiben. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass die GAP dazu beigetragen hat, Treibhausgasemissionen zu

reduzieren, z.B. durch Maßnahmen zum Schutz bestehender Kohlenstoffvorräte wie der extensiven Weidewirtschaft. Es bestehe aber Potenzial für weitere Kohlenstoffspeicherung in den Böden. Für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel könne eine gezieltere Förderung in der GAP die Effizienz erhöhen.

[https://ec.europa.eu/info/news/evaluation-caps-impact-climate-change-and-greenhouse-gas-emissions-2021-jun-01\\_en](https://ec.europa.eu/info/news/evaluation-caps-impact-climate-change-and-greenhouse-gas-emissions-2021-jun-01_en)

## Justiz

### **Europäische Staatsanwaltschaft – Beginn der operativen Tätigkeit**

Am 01.06.2021 hat die Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA) ihre Arbeit aufgenommen. Die EuStA ist für strafrechtliche Ermittlungen über gegen den EU-Haushalt gerichtete Straftaten und diesbezügliche Strafverfolgungsmaßnahmen zuständig. Neben der Generalstaatsanwältin Laura Kövesi werden 22 Europäische Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Ständigen Kammern, die aus jeweils drei Mitgliedern bestehen, in Luxemburg tätig sein. Diese Kammern entscheiden über Anklage und Einstellung der Verfahren und leiten die Delegierten Europäischen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte bei ihren Ermittlungen an. Die EuStA wird ihre Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in Unabhängigkeit von der Kommission und anderen Organen und Einrichtungen der EU sowie den Mitgliedstaaten durchführen. Sie wird die Arbeit anderer EU-Stellen wie dem OLAF, Eurojust und Europol ergänzen und mit diesen sowie mit den zuständigen Behörden jener Mitgliedstaaten, die sich nicht an der supranationalen Staatsanwaltschaft beteiligen, zusammenarbeiten. Dänemark, Irland, Polen, Schweden und Ungarn beteiligen sich nicht unmittelbar an der EuStA. Auf längere Sicht wird die EuStA voraussichtlich etwa 3.000 Fälle jährlich untersuchen. Deutschland stellt mit Andrés Ritter einen der beiden stellvertretenden Leiter der EuStA. Die Ermittlungen und etwaige Anklagen werden in den jeweiligen Mitgliedstaaten durch Delegierte Staatsanwältinnen und Staatsanwälte geführt, von denen Deutschland 11 stellt. Diese sind verteilt auf fünf Zentren in Berlin, Hamburg, Köln, München und Frankfurt am Main.

<https://www.eppo.europa.eu/>

## Innere s

### **Kommission; ergänzende Regeln zur Kontrolle von Feuerwaffen beschlossen**

Am 21.05.2021 erließ die Kommission eine delegierte Verordnung zur Festlegung detaillierter Vorkehrungen gemäß der Richtlinie (EU) 2021/555 für den systematischen elektronischen Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der Versagung von Genehmigungen für den Erwerb und den Besitz bestimmter Feuerwaffen. Damit soll den zuständigen nationalen Behörden ein Informationsaustausch ermöglicht werden, um zu verhindern, dass im Wege des sogenannten „Rechtsprechungsshoppings“ Waffen erworben werden können. Die Behörden sollen ab dem 31.01.2022 mithilfe des IT-Binnenmarktinformationssystems überprüfen können, ob in einem anderen Mitgliedstaat bereits ein Antrag auf Erteilung eines Waffenscheins versagt wurde.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=PI\\_COM:C\(2021\)3400&qid=1622712858689&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=PI_COM:C(2021)3400&qid=1622712858689&from=DE)

### **Rat; Prioritäten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität festgelegt**

Am 26.05.2021 nahm der Rat Schlussfolgerungen über die Festlegung der EU-Prioritäten für die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität im EMPACT-Zyklus 2022–2025 an. Darin werden zehn Prioritäten bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität über die Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen (EMPACT) definiert. Die Kriminalitätsbekämpfung solle sich danach im kommenden Zyklus auf die Identifizierung und Zerschlagung krimineller Netzwerke, von denen ein hohes Risiko ausgehe, das Vorgehen gegen Cyberkriminelle, die Zerschlagung krimineller Netze, die am Menschenhandel beteiligt sind, die Bekämpfung des sexuellen Kindesmissbrauchs, die Migrantenschleusung, den Drogenhandel, das Vorgehen gegen Wirtschafts- und Finanzkriminelle, die organisierte Eigentums kriminalität, die Umweltkriminalität sowie den illegalen Handel mit Feuerwaffen konzentrieren. Die Auswahl der Prioritäten beruht auf der im April vorgelegten Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität (SOCTA) für das Jahr 2021 von Europol. Die Prioritäten sollen u.a. durch Schulungen im Bereich der Strafverfolgung, aber auch gemeinsame operative Maßnahmen zur Zerschlagung krimineller Netze umgesetzt werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8665-2021-INIT/de/pdf>

#### **Rat; Vorschriften zur Verbesserung des VIS angenommen**

Am 27.06.2021 nahm der Rat eine Verordnung an, mit der das Visa-Informationssystem (VIS) der EU funktionell verstärkt werden soll. Durch die Verordnung sollen die Sicherheit des Verfahrens zur Erteilung von Visa für Kurzaufenthalte erhöht werden, die Interoperabilität zwischen dem VIS und weiteren einschlägigen Systemen und Datenbanken der EU gewährleistet werden und nunmehr auch Visa für längerfristige Aufenthalte in der EU und Aufenthaltstitel in die VIS-Datenbank aufgenommen werden können. Das VIS dient den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten seit 2011 zur Registrierung und Überprüfung von Personen, die für den kurzfristigen Aufenthalt in der EU ein Visum beantragen. Das EP muss dem Vorschlag noch formell zustimmen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-5950-2021-REV-1/de/pdf>

#### **Kommission; neue Vorschläge zur Zukunft von Schengen vorgelegt**

Am 02.06.2021 präsentierte die Kommission ihre neue Strategie zur Zukunft des Schengen-Raums und einen Vorschlag für eine Überarbeitung der Verordnung über den Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus. Ziel sei es, den Schengen-Raum als zentrale Voraussetzung für den freien Verkehr von Personen, Waren und Dienstleistungen in der EU mit Blick auf die Erfahrungen der letzten Jahre, auch auf die COVID-19-Pandemie, zu stärken und widerstandsfähiger zu machen. Dazu sieht die Strategie eine Erhöhung der Wirksamkeit des EU-Außengrenzmanagements, eine Stärkung der Maßnahmen zum Ausgleich der fehlenden Binnengrenzkontrollen, insbesondere in den Bereichen Polizeizusammenarbeit, Sicherheit und Migrationsmanagement, sowie eine „solide Krisenvorsorge und Governance“ einschließlich der Vollendung des Schengen-Raums vor. Der Vorschlag zur Überarbeitung des Schengener Evaluierungs- und Überwachungsmechanismus solle dazu beitragen, das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten in die Anwendung der Schengen-Vorschriften zu erhöhen. Hierzu sollen auch die künftig geplanten regelmäßigen Sitzungen des Schengen-Forums beitragen, auf dem der politische Dialog zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen auf der Grundlage jährlicher Berichte vorangetrieben werden soll. Angekündigt wurde von der Kommission auch ein Vorschlag für eine Überarbeitung des Schengener Grenzkodex, der noch im Jahr 2021 vorgelegt werden soll.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=COM:2021:277:FIN&qid=1622718995471&from=DE>

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Förderung; Kreatives Europa; Arbeitsprogramm 2021**

Am 26.05.2021 hat die Generaldirektion Bildung und Kultur (DG EAC) das neue Arbeitsprogramm für das Förderprogramm Kreatives Europa mit Fördermöglichkeiten in verschiedensten Themengebieten veröffentlicht. Mit dem Programm Kreatives Europa werden europäische und internationale Projekte und Koproduktionen, der Vertrieb und Verkauf audiovisueller Werke, die Produktion innovativer audiovisueller Inhalte, die Entwicklung von Videospiele sowie die Übersetzung und Bekanntmachung literarischer Werke in der gesamten EU unterstützt. Gefördert werden auch europäische Filmfestivals, der Musiksektor und Projekte zur Erhaltung des Kulturerbes und der Architektur sowie spezielle Maßnahmen wie die Kulturhauptstädte Europas, das Kulturerbe-Siegel und der Literaturpreis der EU. Die Finanzausstattung für das Programm Kreatives Europa 2021-2027 beläuft sich auf 2,24 Mrd. € (Haushaltsverpflichtungen). Das Programm umfasst die Bereiche MEDIA (für die Filmbranche), Kultur und einen sektorübergreifenden Aktionsbereich mit Innovationsausrichtung. Sämtliche thematische Inhalte der Ausschreibung stehen mit Veröffentlichung des diesjährigen Arbeitsprogramms bereits jetzt fest. Am 01.06.2021 hat die Kommission den entsprechenden Förderaufruf für den MEDIA-Bereich lanciert. Nähere Details zu den Förderaufrufen und Bewerbungsfristen für den Kulturteil des Programms wird die Kommission alsbald bekanntgeben. Nähere Details zu den Bewerbungsfristen wird die Kommission alsbald bekanntgeben.

<https://ec.europa.eu/culture/document/2021-annual-work-programme-implementation-creative-europe-programme>

### **Kommission; Kultur; Kulturerbepreis 2021; Weimar**

Am 25.05.2021 hat die Generaldirektion Bildung und Kultur (DG EAC) der Kommission bekannt gegeben, dass die Entscheidung für den diesjährigen Europäischen Kulturerbepreis gefallen ist. Die höchste europäische Kulturerbe-Auszeichnung geht in diesem Jahr an 24 beispielhafte Leistungen aus 18 europäischen Ländern in den Bereichen Erhaltung, Forschung, Engagement, Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung. Das „Haus am Horn“ wurde in der Kategorie Erhaltung ausgezeichnet. Es wurde 1923 als Versuchshaus zur Bauhaus-Ausstellung errichtet. Dort präsentierten die Meister und Schüler erstmals, wie sie sich zeitgemäßes Bauen und Wohnen vorstellten. Das Projekt ermöglicht es, die innovativen Ideen der Bauhaus-Pioniere, ihre künstlerischen Ansätze und die von ihnen angewandten revolutionären und experimentellen Technologien zu verstehen. Zu den Projektpartnern der Klassik Stiftung Weimar gehörten die Stadt Weimar als ehemalige Eigentümerin der Immobilie, der Verein der Freunde der Bauhaus-Universität Weimar als bisheriger Verwalter, die Denkmalschutzämter von Weimar und Thüringen sowie der Bund und das Land Thüringen als Fördermittelgeber über das Programm Invest-Ost.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20210525-kulturerbepreis\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20210525-kulturerbepreis_de)

### **EP; CULT; Interparlamentarische Sitzung zum Europäischen Bildungsraum**

Am 31.05.2021 fand auf Einladung des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) im EP eine Sitzung mit Vertreterinnen und Vertretern nationaler und regionaler Parlamente statt. Die Sitzung war allein der Zukunft des Bildungsraums (EEA) gewidmet. Die CULT-Vorsitzende MdEP Sabine Verheyen (EVP/DEU) erklärte, die

Verwirklichung des Bildungsraumes habe gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Auf Subsidiaritätsaspekte sei allerdings zu achten. Generaldirektorin Themis Christophidou hob für die Generaldirektion Bildung der Kommission die europäischen Lehrerakademien als neue Maßnahme hervor, die über Erasmus+ mit dem Ziel des intensiveren Austausches finanziert werden. MdB Ernst Dieter Rossmann, Vorsitzender des Bildungsausschusses des Bundestages, würdigte die EU-Förderpolitik und das Erasmus+-Programm zur Verwirklichung des EEA. Er plädierte dafür, die Lehrerakademie auch um den Bereich Weiterbildung zu erweitern. MdEP Michaela Šojdrová (EVP/CZR), Berichterstatterin des CULT zum EEA, betonte, dass sämtliche Empfehlungen des EP zum Bildungsraum auch entsprechend umgesetzt werden sollten. Der EEA sollte eine konkrete Strategie zur Durchführung bis Ende 2022 mit sich bringen. Zur Debatte der Governance (Steuerung) der Bildungspolitik resümierte Sabine Verheyen, das Ziel dürfe nicht die Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne einer Harmonisierung sein, sondern deren Vergleichbarkeit. Die Vielfalt der Bildungssysteme und –abschlüsse müsse im Sinne der Subsidiarität erhalten bleiben.

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Stärkung des Kodex gegen Desinformationen**

Die Kommission hat am 26.05.2021 in einer Mitteilung Leitlinien für die Stärkung des EU-Kodex gegen Desinformationen vorgelegt. Die Mitteilung stellt die Erwartungen der Kommission an die Unterzeichner des Kodex dar, fordert ein stärkeres Engagement der Unternehmen und eine breitere Beteiligung am Kodex. Auf der Grundlage eines verbesserten Überwachungsrahmens und klarer Leistungsindikatoren sollen die Unterzeichner finanzielle Anreize für Desinformation verringern, die Nutzer in die Lage versetzen, eine aktive Rolle bei der Verhinderung ihrer Verbreitung zu übernehmen, besser mit Faktenprüfern in allen Mitgliedstaaten und Sprachen zusammenarbeiten und einen Rahmen für den Zugang zu Daten für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schaffen. Zu den Unterzeichnern des Kodex von 2018 zählen u.a. Google, Facebook, Microsoft und andere große Online-Plattformen sowie Vertreter der Werbebranche. Sie verpflichteten sich damit, Desinformationen durch eine Reihe von Maßnahmen zu bekämpfen. Die Unternehmen berichten seitdem regelmäßig über die Umsetzung; seit Juni 2020 insbesondere hinsichtlich der Bekämpfung von Desinformationen über COVID-19. Die Kommission hatte seit längerem kritisiert, dass die Maßnahmen der Plattformen nicht hinreichend überprüfbar seien und eine Stärkung des Kodex angemahnt. Die Kommission erklärte zudem, einen ersten Entwurf für einen entsprechend der Leitlinien gestärkten Kodex seitens der Unterzeichner im Herbst 2021 zu erwarten. Letztlich soll der Kodex zu einem Verhaltenskodex im Sinne des Artikels 35 des Entwurfs für einen Digital Services Act vom 15.12.2020 weiterentwickelt werden.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/library/guidance-strengthening-code-practice-disinformation>

## EU – Förderprogramme

### **Kommission; Bewerbungsfrist für Natura 2000 – Preis gestartet**

Am 21.05.2021, aus Anlass des Natura-2000-Tages, hat die Kommission die Ausgabe 2022 des Europäischen Natura-2000-Preises ins Leben gerufen. Der Preis, der jetzt in seiner sechsten Ausgabe stattfindet, soll führende Naturschutzleistungen im Zusammenhang mit dem europäischen Natura 2000-Netzwerk von Schutzgebieten

würdigen. Der Preis soll bewährte Praktiken in Natura-2000-Gebieten in fünf verschiedenen Kategorien auszeichnen. Diese sind: Naturschutz an Land, Meeresschutz, Kommunikation, sozioökonomischer Nutzen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Außerdem soll der Preis dazu beitragen, das Bewusstsein für Natura 2000, die Arbeit verschiedener Organisationen und Einzelpersonen zum Schutz dieser lebenswichtigen Naturschätze und die gesundheitlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile zu schärfen, die das Netzwerk bietet. Der Preis steht jeder Organisation oder Person offen, die an Natura 2000 beteiligt ist, einschließlich öffentlicher und lokaler Behörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Landbesitzerinnen und -besitzer, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 30.09.2021. Der diesjährige Natura-2000-Tag am 21.05.2021 würdige die Nähe der Natura-2000-Gebiete zu den Bürgern in ganz Europa und die Vorteile, die dieses Netzwerk ihnen und dem Planeten bringen würde. Die Natur habe eine wichtige stärkende und stressreduzierende Wirkung auf die Menschen. Auch ein kurzer Spaziergang oder eine Arbeitspause in einem Naturgebiet könne sich positiv auf das seelische und körperliche Wohlbefinden auswirken, so die Kommission.

[https://ec.europa.eu/environment/news/natura-2000-day-europe-celebrates-its-network-oases-biodiversity-and-human-health-and-launches\\_de](https://ec.europa.eu/environment/news/natura-2000-day-europe-celebrates-its-network-oases-biodiversity-and-human-health-and-launches_de)

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hessens Livestream: Europa nach den Wahlen - Parlamentswahl in CYP**

Die konservative Regierungspartei „Demokratische Gesamtbewegung (DISY)“ erzielte mit 27,8% die meisten Stimmen und bleibt stärkste Kraft, resümierte der EU-Korrespondent Yiorgos Kakouris von Alpha TV und der Tageszeitung Kathimerini. Er stellte am 31.05.2021 das Wahlergebnis in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel vor und zog im Gespräch mit Gudrun Engel, Fernsehkorrespondentin des WDR, erste Schlussfolgerungen zu dem Votum. CYP, der drittkleinste EU-Mitgliedstaat (MS), hatte am 30.05. 550.000 Wahlberechtigte aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Dabei standen fünfzehn Parteien zur Wahl. Europastaatssekretär Mark Weinmeister hob in seinem Grußwort hervor, dass CYP mit seiner politischen Teilung in den griechischsprachigen Teil im Süden und den türkisch besetzten Nordteil einen besonderen politischen Status aufweise. Zudem habe CYP im Gegensatz, u.a. zu DEU, eine Präsidialverfassung: Der Präsident werde gewählt und stelle seine Regierung zusammen, so dass die Parlamentswahl keinen zwangsläufigen Einfluss auf die Regierungsbildung habe. Für die nächste Präsidentschaftswahl, die 2023 stattfindet, sei diese Wahl dennoch ein Stimmungstest. Das Wahlergebnis für die beiden großen Parteien sei nicht besonders überraschend gewesen, stellte Yiorgos Kakouris fest. Die Partei „DISY“ mit 27,8% und die linksgerichtete „Aufbaupartei des Werktätigen Volkes (AKEL)“ mit 22,7% hätten im Vergleich zur Wahl im Jahr 2016 fast 3% an Stimmen verloren, hingegen hätten kleinere Parteien profitiert. Auch die zentristische „Demokratische Partei (DIKO)“ mit nunmehr 11,3% habe gut 3% verloren. Bemerkenswert sei, dass die rechtsextreme Partei „Nationale Volksfront (ELAM)“ ihr Ergebnis mit 6,8% fast verdoppeln konnte. Auch die neu gegründete Partei „Demokratische Front“ habe aus dem Stand 4% erzielt. Die grüne „Ökologische und Umweltbewegung (KOSP)“ habe, eher überraschend, mit 4,4% leicht verloren. Die Mitte-links Parteien „Generationenwechsel (AG)“ und die „Solidaritätsbewegung (KA)“ haben die Sperrklausel von 3,6% verfehlt und somit den Einzug ins Parlament nicht geschafft. Im Anschluss an die Präsentation des Wahlergebnisses stellte Gudrun Engel, EU-Fernsehkorrespondentin des WDR fest, dass allgemein die dortigen großen etablierten Parteien Stimmen verloren haben

und kleine, insbesondere extreme Parteien, dazugewinnen konnten. Zu den Gründen führte Yiorgos Kakouris aus, dass schon nach der Wahl 2016 in CYP die Unzufriedenheit der Wählerinnen und Wähler mit den politischen Parteien sichtbar und Korruption in Politik und Verwaltung ein öffentliches Thema waren. Der große Skandal um die Erteilung von EU-Pässen gegen Bezahlung, die sog. „Goldenen Pässe“, habe 2019/2020 Empörung ausgelöst und sogar zu wütenden Protestdemonstrationen geführt, vor allem von jungen Menschen. Diese Proteste hätten das Misstrauen gegenüber den politischen Parteien und der Bürokratie verstärkt, betonte Kakouris. Nach der Möglichkeit zum direkten Dialog mit der Türkei in der Teilungsfrage gefragt, zeigte sich Yiorgos Kakouris skeptisch. Möglicherweise würden sich Öffnungsperspektiven für die Verhandlungen in Vorbereitung auf die Präsidentenwahl 2023 abzeichnen. Er gehe davon aus, dass sich nun nach der Wahl neue Allianzen oder Bündnisse zwischen den sieben Parteien im Parlament bilden werden, auch in Vorbereitung auf die Präsidentschaftswahlen in zwei Jahren.

### **Online: Europastaatssekretär Weinmeister trifft Europaabgeordnete in Brüssel**

Am 26. und 27.05.2021 informierte sich Europastaatssekretär Mark Weinmeister in einer Reihe von Online-Gesprächen mit Europaabgeordneten und Kommissionsvertreterinnen und -vertretern zu verschiedenen aktuellen Themen. Zu Beginn kam Staatssekretär Weinmeister mit MdEP Jens Gieseke (EVP/DEU) zusammen, um über Fragen der europäischen Verkehrspolitik zu sprechen. Im Zentrum des Gesprächs standen Fragen der Wiederbelebung des Luftverkehrs und die Herausforderungen des Klimawandels und der Zielerreichung der CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Verkehrssektor. Hier lag der Fokus insbesondere auf der Frage der Beimischungsquoten von synthetischen Kraftstoffen zum Kerosin. Ein weiteres Gespräch führte Staatssekretär Weinmeister mit dem Direktor der Generaldirektion Haushalt (BUDG) der Kommission, Andreas Schwarz, um über aktuelle Fragen des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU zu sprechen. Dabei ging es insbesondere um die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses und die Finanzierung des Wiederaufbaufonds durch neue Eigenmittel der EU. Über die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspakts sprach Herr Staatssekretär Weinmeister mit Estelle Göger aus dem Kabinett des Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni. Hier lag der Fokus auf der anstehenden Überprüfung der aktuellen Regelungen der WWU. Ein weiterer Gesprächspartner des Europastaatssekretärs war MdEP Luděk Niedermayer (EVP/CZR), mit dem er über die anstehenden Maßnahmen der Kommission zur verbesserten Bekämpfung der Geldwäsche in der EU sprach. Thema war hier vor allem auch die in diesem Zusammenhang geplante EU-Geldwäscheagentur. Um die Themen Geldwäsche und die Geldwäscheagentur drehte sich auch das Gespräch mit MdEP Joachim Schuster (S&D/DEU). Zusätzlich tauschten sich beide noch zur EU-Finanzdienstleistungspolitik im Allgemeinen und zur EU-Taxonomie aus. Letzter Punkt war auch Thema beim Gespräch mit MdEP Ferber (EVP/DEU). Zudem tauschten sich beide zur Thematik nachhaltige Finanzen (sustainable Finance) aus. Das Gespräch mit MdEP Marion Walsmann (EVP/DEU) fokussierte sich auf aktuelle Themen im Digitalbereich und der Binnenmarktpolitik. Besondere Aufmerksamkeit galt hier dem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Künstlichen Intelligenz vom 21.04.2021. Beide begrüßten hierbei grundsätzlich, dass die Kommission einen abgestuften, risikobasierten Ansatz für die neue Regulierung gewählt habe. Zudem tauschten sich Walsmann und Staatssekretär Weinmeister zu den Vorschlägen der Kommission zum sog. Digital Service Act und zum Digital Markets Act vom 15.12.2020 aus, bevor sie über die effektive Durchsetzung bestehender Binnenmarktregeln sprachen. Im Gespräch mit Niels Schuster, Kommission, Generaldirektion CLIMA

(Klimapolitik) ging es um das bevorstehende Gesetzgebungspaket zur Umsetzung des Klimaziels 2030 „Fit for 55“. Herr Schuster bestätigte, dass alle Vorschläge auf einem guten Weg seien und die Vorstellung des Pakets für den 14.07.2021 geplant sei. Beim Gespräch des Europastaatssekretärs mit MdEP Dennis Radtke (EVP/DEU) ging es um EU-Sozialpolitik. MdEP Radtke führte hierbei aus, dass die politische Abschlusserklärung des Sozialgipfels in Porto nicht die hohen Erwartungen erfüllt hätten, die im Vorfeld des Gipfels vom Ratsvorsitz geweckt worden waren. Die Ausgangslage, um die bewährten Systeme sozialer Sicherheit in der sich wandelnden Arbeitswelt weiterzuentwickeln, sieht Radtke als verhalten optimistisch an. Ein weiteres Gespräch führte der Europastaatssekretär mit Michael Teutsch, Kommission, Generaldirektion EAC (Bildung und Kultur). Thematisch ging es hauptsächlich um das Erasmus-Programm und dessen Weiterführung, auch in Zeiten der Pandemie.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

07.06.2021	Rat für Justiz
08.06.2021	Rat für Inneres
10.06.2021	Rat für Umwelt
11.06.2021	Rat für Energie
14.06.2021	Informeller Rat für Landwirtschaft und Fischerei
14./15.06.2021	Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz
18.06.2021	Rat für Wirtschaft und Finanzen

### **Europäische Kommission**

08.06.2021	Entwurf des EU-Gesamthaushaltsplans 2022 Jährlicher Management- und Ergebnisbericht für den EU-Haushalt 2020 Mitteilung zum Leistungsrahmen 2021-2027
16.06.2021	Lektionen aus der COVID-19-Krise Konsultation im zweiten Stadium mit den Sozialpartnern zum Thema Arbeit auf Plattformen Empfehlungen zu einer Gemeinsamen Cyber-Einheit

## Europäisches Parlament

EP Plenartagung vom 07.-10.06.2021

EU-Biodiversitätsstrategie für 2030  
Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in  
Ausbildung und Beruf im Bereich Mathematik, Informatik,  
Naturwissenschaften und Technik (MINT)  
Wettbewerbspolitik – Jahresbericht 2020  
Die geschlechtsspezifische Dimension in der  
Kohäsionspolitik  
Der Interessenkonflikt des Ministerpräsidenten der  
Tschechischen Republik  
Umgang mit der Herausforderung der weltweiten COVID-  
19-Pandemie: Folgen der Aussetzung des TRIPS-  
Übereinkommens der WTO auf COVID-19-Impfstoffe,  
Behandlung, Ausrüstung und die Steigerung der  
Produktions- und Fertigungskapazitäten in  
Entwicklungsländern  
Lage der KMU in der Union  
Umsetzung der Agenda für bessere  
Rechtsetzung/Zielvorgabe für die Verringerung der  
Verwaltungslasten  
Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union und  
Anwendung der Konditionalitätsverordnung  
Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) 2021-2027  
Maßnahmen im Anschluss an den Sozialgipfel in Porto am  
7. Mai 2021  
Instrument für Nachbarschaft,  
Entwicklungszusammenarbeit und internationale  
Zusammenarbeit 2021-2027 – Europa in der Welt  
Digitales COVID-Zertifikat der EU  
Vorbereitung des G7-Gipfels vom 11. bis zum 13. Juni  
Gemeinsame Aussprache - Cyberangriffe in der EU  
Jüngste Cyberangriffe auf Institutionen der EU und auf  
sensible nationale öffentliche und private Einrichtungen  
Die Cybersicherheitsstrategie der EU für die digitale Dekade  
Frauen in der Politik – Bekämpfung von Online-Missbrauch  
Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Ausübung  
der Aufgaben der Bürgerbeauftragten  
Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments  
Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „End the Cage  
Age“  
Erklärungen des Rates und der Kommission –  
Systematische Repression in Belarus und ihre Folgen für  
die europäische Sicherheit nach den Entführungen aus  
einem zivilen EU-Flugzeug, das von den belarussischen  
Behörden abgefangen wurde

## Ausschuss der Regionen

- 07.06.2021 ENVE-Fachkommissionssitzung  
Leitlinien für die transeuropäische Energieinfrastruktur  
(Abstimmung)  
Ein klimaresilientes Europa aufbauen die neue EU-  
Strategie für die Anpassung an den Klimawandel  
(Abstimmung)

## Europäischer Gerichtshof

- 10.06.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-65/20  
(KRONE – Verlag): Verschuldensunabhängige  
Produkthaftung einer Tageszeitung für unrichtigen  
Gesundheitstipp?
- 10.06.2021 Urteile des Gerichtshofs in der Rechtssache C-609/19 (BNP  
Paribas Personal Finance) und in den verbundenen  
Rechtssachen C-776/19 bis C-782/19 (BNP Paribas  
Personal Finance): Verbraucherschutz – Missbräuchliche  
Klauseln in Darlehensverträgen
- 10.06.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den  
Rechtsmittelsachen C-177/19 P (Deutschland – Ville de  
Paris u. a. / Kommission), C-178/19 P (Ungarn – Ville de  
Paris u. a. / Kommission) und C-179/19 P (Kommission /  
Ville de Paris u. a.): Emissionsgrenzwerte für Prüfungen im  
praktischen Fahrbetrieb
- 10.06.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der  
Rechtssache C-165/20 (Air Berlin): Rückwirkender Entzug  
von Luftverkehrszertifikaten
- 15.06.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der  
Rechtssache C-645/19 (Facebook Ireland u. a.):  
Zuständigkeit nationaler Datenschutzbehörden  
Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große  
Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-368/20  
(Landespolizeidirektion Steiermark) und C-369/20  
(Bezirkshauptmannschaft Leibnitz): Maximale Dauer  
innereuropäischer Grenzkontrollen
- 17.06.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-597/19  
(M.I.C.M.): Geistiges Eigentum  
Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen  
C-58/20 K und C-59/20 (DBKAG): Mehrwertsteuerrichtlinie  
Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-55/20 (Ministerstwo Sprawiedliwości /  
R.G.): Anwendbarkeit des Unionsrechts in  
Disziplinarverfahren  
Schlussanträge der Generalanwältin am Gerichtshof in der  
Rechtssache C-203/20 (AB u. a.): Widerruf einer Amnestie,  
Europäischer Haftbefehl

## **EuG**

- 09.06.2021 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-302/19 und T-303/19 (Yanoukovich / Rat): Restriktive Maßnahmen gegen Personen in Bezug auf die Situation in der Ukraine - Einfrieren von Wirtschaftsmitteln
- 09.06.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-47/19 (Dansk Erhverv / Kommission): Staatliche Beihilfen an grenznahe norddeutsche Getränkehändler
- 09.06.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-665/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen in der Covid-19-Krise: Condor

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 18.06.2021.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA